



AGRARWIRTSCHAFT MILITÄRKONFLIKT IN DER OSTUKRAINE

■ ANALYSE		
	Agrarwirtschaft der Ukraine: aktuelle Situation und Entwicklungsperspektiven Von Vera Belaya, Pfalzgrafenweiler	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Statistiken zur ukrainischen Agrarwirtschaft	6
■ KOMMENTAR		
	Europäische Werte versus Kriegslogik in der Ukraine Von Katerina Bosko, Bremen	11
■ UMFRAGE		
	Ansichten der Bevölkerung von Slowjansk und Kramatorsk nach der Übernahme der Kontrolle durch die ukrainische Armee	13
■ STATISTIK		
	Die humanitäre Lage in der Ukraine	17
■ DOKUMENTATION		
	Die Ukraine-Krise im Fokus der Münchener Sicherheitskonferenz 2015	18
■ CHRONIK		
	26. Januar – 8. Februar 2015	25
■ STELLENAUSSCHREIBUNG		
	Redaktionsassistenz Russland-Analysen	28



Agrarwirtschaft der Ukraine: aktuelle Situation und Entwicklungsperspektiven

Von Vera Belaya, Pfalzgrafenweiler

Zusammenfassung

Sowohl die EU als auch Russland sind wichtige Agrarhandelspartner für die Ukraine. Durch die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU bekommt die Ukraine ohne Zweifel die einzigartige Chance, einer der Schlüsselspieler auf den internationalen landwirtschaftlichen Märkten zu werden. Russland sieht jedoch die europäische Politik im Hinblick auf das Assoziierungsabkommen als eine Bedrohung für seine traditionelle Einflussosphäre im Bereich Wirtschaft und befürchtet, dass Waren aus der EU über die Ukraine zollfrei nach Russland eingeführt werden könnten und damit hohe Einnahmeverluste für die russische Wirtschaft verursachen würden. Der Artikel befasst sich mit den Entwicklungsperspektiven der Agrarwirtschaft in der Ukraine in einer neuen geopolitischen Situation.

Vorteile und Nachteile für den Agrarsektor nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU

Zu den wichtigsten Agrargütern, die aus der Ukraine in die EU ausgeführt werden, gehören Mais (6,8 Mio. Tonnen in 2013), Weizen (ca. 87 Tsd. Tonnen in 2013), Honig (17 Tsd. Tonnen in 2013), Geflügelfleisch (210 Tonnen in 2013) und Milchpulver (40 Tonnen in 2009). Dabei ist anzumerken, dass die Ukraine vor allem Rohstoffe in die EU exportiert und hochwertige Veredelungserzeugnisse mit hoher Wertschöpfung aus der EU einführt (z. B. Käse, Milch und Sahne, ca. 18 Tsd. Tonnen in 2013).

Laut dem Institut für ökonomische Forschung und politische Beratung in der Ukraine wird die landwirtschaftliche Produktion im Falle der vollständigen Errichtung einer Freihandelszone mit der EU bei einer Aufrechterhaltung der Freihandelszone mit Russland um 42,8% wachsen, im Falle der Aufhebung der Freihandelszone mit Russland sogar um 43,7%. Die Zusammenarbeit mit der EU im landwirtschaftlichen Sektor ist für die Ukraine gerade in langfristiger Perspektive sehr vorteilhaft. Forschungen haben ergeben, dass die ukrainischen Exporte von Getreide, Fleisch und anderen Lebensmitteln bei einer Senkung der Importtarife um 20% zunehmen würden – sogar ungeachtet einer Einführung von Quoten. Es wird erwartet, dass der Importumfang nach einer Senkung der Importzölle auf Seiten der Ukraine um 7% wachsen wird, hauptsächlich wegen zunehmender Lieferungen von Getränken, Pflanzenölen und -fetten, Fleisch, tierischen Ölen und Fetten sowie Zucker. Liberalisierte Handelsbeziehungen werden Lieferungen neuer Waren ankurbeln, die auf ukrainischen und europäischen Märkten bis dahin nicht bekannt gewesen sind. Mittel- und langfristig werden die Exporteure agrar- und ernährungswirtschaftlicher Güter ein breites Spektrum von Möglichkeiten

haben. Für die Exporteure von Ölkulturensaatgut wird die Aufhebung der Exportzölle sehr vorteilhaft sein.

In Zukunft sollen ukrainische Waren europäischen Standards entsprechen, besonders was ihre Qualität betrifft. Waren, die in der EU hergestellt werden, entsprechen diesen Anforderungen zur Gänze. Das bedeutet, dass die oben erwähnten Warengruppen die ukrainischen Märkte nach einer Vertragsunterzeichnung überfluten werden – aufgrund allmählich sinkender Tarife und mit einer Verzögerung infolge erhöhter nicht-tarifärer Beschränkungen seitens der Ukraine. Die zunehmende Anzahl von Importwaren wird die Konkurrenz auf dem ukrainischen Markt steigern und möglicherweise werden die Unternehmer der weniger effektiven ukrainischen Wirtschaft kurzfristig gesehen Verluste machen. Nichtsdestotrotz ist eine solche Situation im Interesse der Geschäftsleute: Sind sie bereit, sich den Schwierigkeiten der gesteigerten Konkurrenz zu stellen, werden sie langfristig von ihr profitieren.

Die Waren der ukrainischen Produzenten entsprechen leider nur teilweise den hohen Qualitätsstandards der Europäischen Union. Deshalb muss es so bald wie möglich zu einer Anpassung an EU-Normen kommen. Auf jeden Fall wird die Konkurrenzfähigkeit auf den europäischen Märkten bei den ukrainischen Produzenten zusätzliche Transaktionskosten verursachen. Diese Kosten können durch das hohe Rentabilitätsniveau gedeckt werden, das dank der europäischen Märkte möglich ist, allerdings nur bei einer erfolgreichen Positionierung der ukrainischen Waren. Die ukrainischen Landwirtschaftsproduzenten müssen ihre Finanzpläne revidieren, um in den vollen Genuss der Vorteile des Zugriffs auf die neuen Märkte zu kommen.

Der Staat wird die Möglichkeit bekommen, die Agrarpolitik entsprechend der EU-Gesetzgebung zu modernisieren. Gleichzeitig wird die Entwicklung von Standards und Infrastruktur landwirtschaftlicher Märkte

eine zusätzliche Finanzierung durch staatliche Budgets erforderlich machen. Die landwirtschaftlichen Unternehmen werden von der Zusammenarbeit und dem Wissens-, Erfahrungs- und Technologieaustausch mit EU-Unternehmen und -Agenturen profitieren. Konsumenten werden Produkte von höherer Qualität konsumieren können, insbesondere was ökologische Standards angeht. Die Entwicklung der Landwirtschaft wird sich positiv auf das Wachstum von Beschäftigung und Wohlstand in den landwirtschaftlichen Regionen des Landes auswirken.

Welchen Einfluss hat Russland?

Sowohl die EU als auch Russland sind wichtige Handelspartner der Ukraine im Agrarbereich. Russland exportierte von Januar bis September 2014 Agrargüter im Wert von 487 Mio. USD in die Ukraine, die Ukraine führte im gleichen Zeitraum Agrargüter im Wert von 830 Mio. USD nach Russland aus. Bei den Ausfuhren beider Länder ist jedoch eine sinkende Tendenz zu beobachten. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Lieferumfänge um jeweils 40% bzw. 15% zurückgegangen. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine steht deshalb in Konkurrenz zur Zollunion Russlands, die der Ukraine einen zollfreien Markt anbietet. Diese Konkurrenz führte in den letzten Jahren mehrfach zu schwerwiegenden Konflikten zwischen Russland und der Ukraine in den Bereichen Handel und Zollabwicklung.

Im März 2014 wurde der politische Teil des Assoziierungsabkommens in Brüssel unterzeichnet. Der wirtschaftliche Teil, der das Freihandelsabkommen beinhaltet, sollte im November vergangenen Jahres unterzeichnet werden, das Vorhaben wurde jedoch gestoppt bzw. verschoben. Grund dafür waren Bedenken, dass Russland als Reaktion darauf den zollfreien Import aus der Ukraine stoppen könnte, was die Krise in der Ukraine verschärfen würde. Bisher können Waren aus der Ukraine zollfrei nach Russland exportiert werden. Als Konsequenzen eines Importstopps wurden Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit befürchtet. Dieses Ereignis kann man als Wendepunkt betrachten, da es eine bis zum heutigen Tag anhaltende politische Krise in der Ukraine ausgelöst hat.

Die Regierung in Moskau sieht die europäische Politik bezüglich der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine jedoch als Bedrohung für seine traditionelle wirtschaftliche Einflussosphäre und befürchtet, dass Waren aus der EU, auf die Russland Zölle erhebt, über die Ukraine zollfrei nach Russland eingeführt würden und so hohe Einnahmeverluste für die russische Wirtschaft verursachen würden. Als Gegenmaßnahme zum geplanten Assoziierungsabkommen hat Russland zusammen mit Weißrussland und Kasachstan die Eura-

sische Wirtschaftsunion gegründet, die eine bereits bestehende Zollunion ab Januar 2015 erweitert. Als Reaktion auf Russlands Kritik am Freihandelsabkommen initiierte die EU trilaterale Gespräche. Im September 2014 wurde in diesen Gesprächen zwischen der EU-Kommission und den Regierungen der Ukraine und Russlands beschlossen, den wirtschaftlichen Teil des Abkommens erst Ende 2015 bzw. Anfang 2016 in Kraft zu setzen.

Im Folgenden wird die aktuelle Situation in der Agrarwirtschaft anhand von zwei Beispielen (Getreide und Milch) erläutert.

Beispiel Getreidemarkt

Die Ukraine gehört zu den zehn größten Getreideexporteuren der Welt. Die Getreideproduktion hat für die Ukraine strategische Bedeutung, von der Entwicklung dieses Zweiges hängen ihre Lebensmittelsicherheit sowie Lebensstandard und -qualität ihrer Bürger ab. Das Land verfügt über klimatische Bedingungen, welche sich hervorragend für die Produktion von Getreidekulturen hoher Qualität eignen, und es ist gut in die Weltmärkte integriert. Zu den Hauptbesonderheiten des Getreidemarktes in der Ukraine zählen vor allem das niedrige Nachfrageniveau und die hohe Deckung der Binnennachfrage durch die einheimische Produktion. Das Exportpotential von Getreide wächst. Der Eigenkonsum ist verhältnismäßig stabil, wegen der Bevölkerungsabnahme und der veränderten Ernährungsstruktur ist aber eine Tendenz zu sinkendem Konsum von Getreide sowie Teig- und Backwaren zu beobachten. Eine wichtige Rolle bei der Getreideproduktion spielen in der Ukraine große aus ehemaligen Genossenschaften und staatlichen Farmen hervorgegangene Landwirtschaftsunternehmen. Sie dominieren die Produktion im Bereich der meisten landwirtschaftlich produzierten Rohzutaten einschließlich der Getreideproduktion (ca. 78% in 2013). Ein Teil der Großfarmen wird generell unter dem Begriff Agrarholdings zusammengefasst.

In der Ukraine werden jährlich rund 60 Millionen Tonnen Getreide produziert – hauptsächlich Weizen, Mais und Gerste. Der Getreide-Selbstversorgungsgrad der Ukraine betrug im Jahr 2011 192,9%. Von 2000 bis 2013 hat sich die Produktion von Getreide in der Ukraine fast verdreifacht. Mit der steigenden Getreideproduktion und einer wachsenden Nachfrage auf den internationalen Märkten haben auch die ukrainischen Getreideexporte zugenommen. Ukrainisches Getreide wird in über 80 Länder exportiert. Im Nahen Osten und in Nordafrika ist die Ukraine mittlerweile ein wichtiger Getreidelieferant. Die größten Anteile an Anbaufläche und Produktionsmenge fallen unter den Getreidekulturen auf Weizen und Mais; Weizen- und Maisproduktion sind in der Ukraine auf Expansionskurs.

Hinsichtlich seiner Rentabilität kann man Weizen als eine der stabilsten Kulturen der ukrainischen Landwirtschaft bezeichnen. Fast jede 16. exportierte Tonne Weizen weltweit ist ukrainischer Herkunft. Die Weizenernte besteht durchschnittlich zu 96 % aus Winterweizen. Für die Ernte 2014/15 wurden in der Ukraine 6343,7 Tsd. Hektar mit dieser Kultur bestellt, was einem Rückgang von 88,2 Tsd. Hektar (oder 1,4 %) gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2013/14 entspricht. Auch die Abhängigkeit von der Wetterlage spielt eine große Rolle. Bei einer ausreichenden Versorgung der Landwirte mit Produktionsmitteln wird für 2014/15 mit einer Weizenernte in Höhe von 18,7 Mio. Tonnen gerechnet. Die Rentabilität hängt jedoch von einer Reihe von Faktoren ab: von der politischen und ökonomischen Situation im Land und der Konjunktur der Märkte in der Ukraine und weltweit.

Auch Mais ist unter den ukrainischen Produzenten dank der relativen Einfachheit seines Anbaus, seiner Rentabilität und der günstigen klimatischen Bedingungen in der Ukraine sehr beliebt. Jede sechste Tonne Mais, die auf dem internationalen Markt verkauft wird, wurde in der Ukraine angebaut. 22,5 % des Exporterlöses aus landwirtschaftlichen Gütern wurden in 2013 durch Maisexporte erzielt. Die Rentabilität der Maisproduktion betrug in 2012 19,8 %. In den letzten Jahren ist eine deutliche Tendenz zur Erhöhung der Mais-Saatflächen und eine Intensivierung der Maisproduktion zu beobachten. Im Wirtschaftsjahr 2013/14 sind für diese Kultur 4,9 Mio. Hektar vorgesehen, was einem Anstieg von 6,4 % (oder 294,3 Tsd. Hektar) gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Im aktuellen Jahr 2014/15 (Stand: 05.02.2015) wurden aus der Ukraine bereits 21 Mio. Tonnen Getreide ausgeführt, davon ca. 9 Mio. Tonnen Weizen und 9 Mio. Tonnen Mais. Die Exportprognose des US-Landwirtschaftsministeriums für Weizen beträgt 11 Mio. Tonnen für das gesamte ukrainische Wirtschaftsjahr 2014/15. Die Vergrößerungsmöglichkeiten der ukrainischen Getreideproduktion werden bislang nicht vollständig realisiert. Das ukrainische Landwirtschaftsministerium plant, die heimische Getreideproduktion bis zum Jahr 2017 auf 80 Mio. Tonnen zu erhöhen. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Pläne hängt jedoch stark von Investitionen in die Landwirtschaft und der Nutzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse ab, die heutzutage praktisch überhaupt nicht stattfindet. Die Nutzungsperspektiven des ukrainischen Exportpotentials hängen mit der Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Produktion zusammen. Die Realisierung dieser ehrgeizigen Pläne erfordert jedoch nicht nur eine günstige Preiskonjunktur und günstige Wetterbedingungen, sondern auch neue Technologien, eine Erweiterung der eingesetzten Saaten und Ernteversicherungen für die Landwirte.

Beispiel Milchwirtschaft

Milch ist eines der wichtigsten Tierhaltungsprodukte in der Ukraine, ihr Anteil an der Bruttoproduktion der Landwirtschaft beträgt ca. 11 %. Zurzeit werden in der Ukraine jährlich rund 11,5 Mio. Tonnen Milch produziert, jedoch setzt sich die negative Tendenz zur Reduzierung der Kuhbestände im Land fort. Am 1. März 2014 beliefen sich die Kuhbestände in der Ukraine nur noch auf 2,5 Mio. Tiere, was einem Rückgang von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Produktionszuwachs kann mit einer steigenden durchschnittlichen Milchleistung je Kuh erklärt werden. Im Jahr 1990 lag der Kuhbestand in der Ukraine noch bei über 8 Mio. Tieren und die Milchproduktion betrug 25 Mio. Tonnen. Die Rentabilität der ukrainischen Milchproduktion betrug in 2012 2,3 %, was im Vergleich zum Vorjahresniveau ein starker Rückgang ist (18,5 % in 2011). Dieser Rentabilitätsrückgang hat mit steigenden Futter- und fallenden Milchankaufpreisen zu tun. Die größte Gruppe der ukrainischen Milchproduzenten bilden die Haushalte der Landbevölkerung, die erstaunlicherweise 77 % der Milch produzieren; einen Teil davon für den Eigenbedarf und einen Teil für den Verkauf auf regionalen Märkten. Zur Weiterverarbeitung liefern die Haushalte der Landbevölkerung heute ca. 50 % der von ihnen produzierten Milch an. Im Allgemeinen verarbeiten die kleinen Produzenten ihre Produkte nicht weiter, teilweise verkaufen sie sie auf Straßenmärkten.

In 2013 exportierte die Ukraine 0,75 Mio. Tonnen Milchprodukte, in 2012 betrug dieser Indikator 0,82 Mio. Tonnen. Die Importe von Milchprodukten sind im Jahr 2013 auf 0,54 Mio. Tonnen oder um 32 % gestiegen. Hauptgrund für die abnehmenden Exportlieferungen waren zahlreiche Verbote der Einfuhr ukrainischer Milchprodukte seitens der Russischen Föderation. Laut russischen Kontrolleuren war die Qualität der ukrainischen Milchprodukte fragwürdig. Ein Verdacht auf nicht ordnungsgemäße Herstellungstechnologien entstand durch die ungleichen Wachstumsgeschwindigkeiten bei der Milchanlieferung und der Menge der produzierten Milchprodukte. Nach einer Prüfung der ukrainischen Betriebe durch russische Spezialisten wurde die Liefersperre auf dem russischen Markt teilweise aufgehoben. Ein neues Einfuhrverbot ließ jedoch nicht lange auf sich warten und erfolgte im Juli 2014. Ca. 90 % der Käseexporte, 70 % der Butter und 40 % des Milchpulvers aus der Ukraine sind für den russischen Markt bestimmt, das Exportembargo der russischen Behörden war also ein harter Schlag für die ukrainischen Milchverarbeitungsunternehmen.

Als positive Tendenz gilt jedoch die Verbesserung der Milchqualität. Die landwirtschaftlichen Unternehmen liefern immer mehr Milch der höchsten Gütesorte

an die Verarbeitungsunternehmen. In 2015 werden die landwirtschaftlichen Unternehmen ungestüm an einer erhöhten Milchleistung je Kuh arbeiten. Die Futter- und Milchkaufpreise, die sich jetzt entwickelt haben, sind gute Motivationsfaktoren. In den kommenden zehn Jahren hat die Ukraine die besten Chancen, ein globaler Produzent von Milchprodukten zu werden, wie folgende Argumente bestätigen: Milchwirtschaft hat in der Ukraine eine lange Tradition. Die geographische Lage der Ukraine ist ideal für eine optimale Befriedigung der wachsenden weltweiten Milchnachfrage. Außer Nord- und Südamerika sind für die Ukraine sämtliche Länder erreichbar, in denen der Milchkonsum von 2010 bis 2020 über 125 Mio. Tonnen zunehmen oder zehnmal mehr als die aktuelle Produktion der Ukraine betragen wird. Auch der Binnenmarkt der Ukraine darf nicht vergessen werden, der über den aktuellen durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 92 Kilo hinaus wachsen kann. In Russland beträgt diese Kennzahl 162, in der EU 248 Kilo.

Entwicklungsperspektiven der ukrainischen Agrarwirtschaft und Fazit

Wie erwartet hat die Verschärfung der politischen Situation zu einer Destabilisierung der ukrainischen Wirtschaft geführt, was heftige Wechselkursschwankungen und eine Abwertung der Hrywnja zur Folge hatte. Die heutige ökonomische Situation ist sehr kompliziert und erschwert jegliche langfristigen Entwicklungsprognosen sehr. Wechselkursschwankungen sind in Momenten politischer Instabilität unvermeidbar. Heftige Schwankungen, die zeitgleich mit der Saatperiode stattfinden, wirken sich tatsächlich auf die hohen Kreditzinsen aus und haben für die landwirtschaftlichen Produzenten steigende Produktionskosten zur Folge. Außerdem werden erhöhte Kreditsätze den Zugriff landwirtschaftlicher Unternehmen auf finanzielle Mittel weiter einschränken. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Produzenten wegen des Mangels an Zahlungsmitteln und der Kostspieligkeit der herangezogenen Mittel das Produktionstempo reduzieren, um auf bessere Zeiten zu warten und keine Verluste zu riskieren.

Die ukrainischen Agrarhandelsunternehmen orientieren sich momentan um. Exporte in EU-Länder steigen, während Exporte nach Russland zurückgehen. Die Bedeutung der Getreideexporte für die Stabilisierung des Binnenmarktes ist kaum zu überschätzen. Sie sind

der vorteilhafteste Weg, um unvermeidliche Produktionsüberschüsse zu entsorgen. Die Binnennachfrage nach Getreide in der Ukraine wird die Exportfähigkeit des Landes in den kommenden Jahren nicht bedeutend einschränken, da die Verbraucherpräferenzen sich weg von Zerealien und hin zu mehr Fleisch, Fisch, Obst und Gemüse bewegen. Man kann also davon ausgehen, dass dank des zollfreien Handels mit der EU der Export von Agrarprodukten – insbesondere von Getreide – in die EU weiter steigen wird.

Die ukrainischen Milchunternehmen ziehen die Erschließung neuer Märkte zwar in Betracht, kurzfristig gesehen bleibt dies jedoch ein utopisches Ziel. Wegen der großen Produktionsmengen in Landbevölkerungshaushalten ist die Gewährleistung einer gleichbleibenden Qualität und die Einhaltung tierärztlicher Normen gegenüber potentiellen Abnehmerländern problematisch. Die Milchabholung von Haushaltswirtschaften ist in der Regel mit höherem Transport- und Zeitaufwand verbunden. Zusätzlich verstärken saisonal bedingte Mengenschwankungen Unsicherheiten auf dem Markt. Deshalb kann man Milch in der Ukraine als knappen Rohstoff bezeichnen. Aus diesem Grund wird eine kurzfristige Zunahme der Exporte auch kaum erwartet. Langfristig kann sich die Situation jedoch verändern. Momentan gehören Umorientierung und Diversifizierung der Exportmärkte zu den wichtigsten Aufgaben des ukrainischen Milchsektors. Da der Importstopp für Milchprodukte nach Russland bestehen bleibt und sich die Suche nach neuen Exportmärkten für Käse schwierig gestaltet, werden die ukrainischen Hersteller temporär auf die Produktion von Milchpulver und Butter umstellen müssen. Diese Produkte können höchstwahrscheinlich in die anderen GUS-Länder, nach Nordafrika, Mittelosteuropa und in die EU exportiert werden.

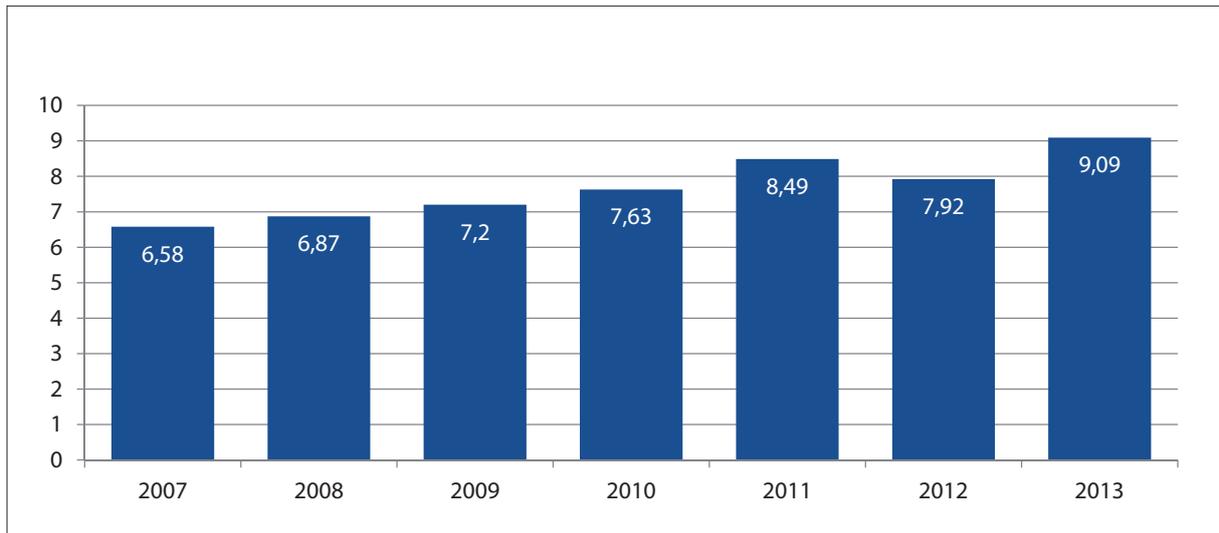
Die ukrainischen Agrarmarktteilnehmer werden in Zukunft in der Lage sein, nicht nur ihr riesiges Produktions- sondern auch ihr ökonomisches Potential zu verwirklichen und weiteres Wachstum sowie eine Integration in das internationale Wirtschaftssystem zu gewährleisten. Dank ihres Ressourcenreichtums spielt die Ukraine eine wichtige Rolle bei den weltweiten Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte und Lebensmittel und sie hat gute Entwicklungsperspektiven. So ist es gut möglich, dass die Ukraine zu einem der Top-Agrarexporteure weltweit wird.

Über die Autorin:

Dr. Vera Belaya studierte Betriebswirtschaft an der Kasachischen Agraruniversität in Astana sowie Agrarmanagement an der Hochschule Weihenstephan in Triesdorf. Nach dem erfolgreichen Abschluss als »Master of Business Administration in Agriculture« in Triesdorf wurde sie am Leibnitz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomie (IAMO) zur Doktorin der Agrarwissenschaften promoviert.

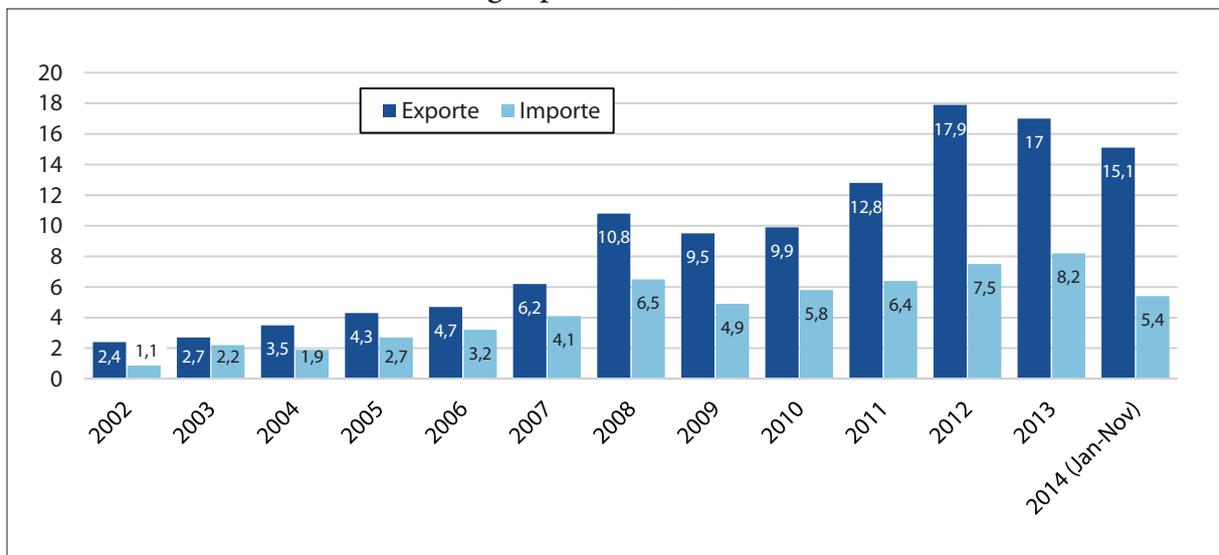
Statistiken zur ukrainischen Agrarwirtschaft

Grafik 1: Anteil der Landwirtschaft am BIP der Ukraine, %



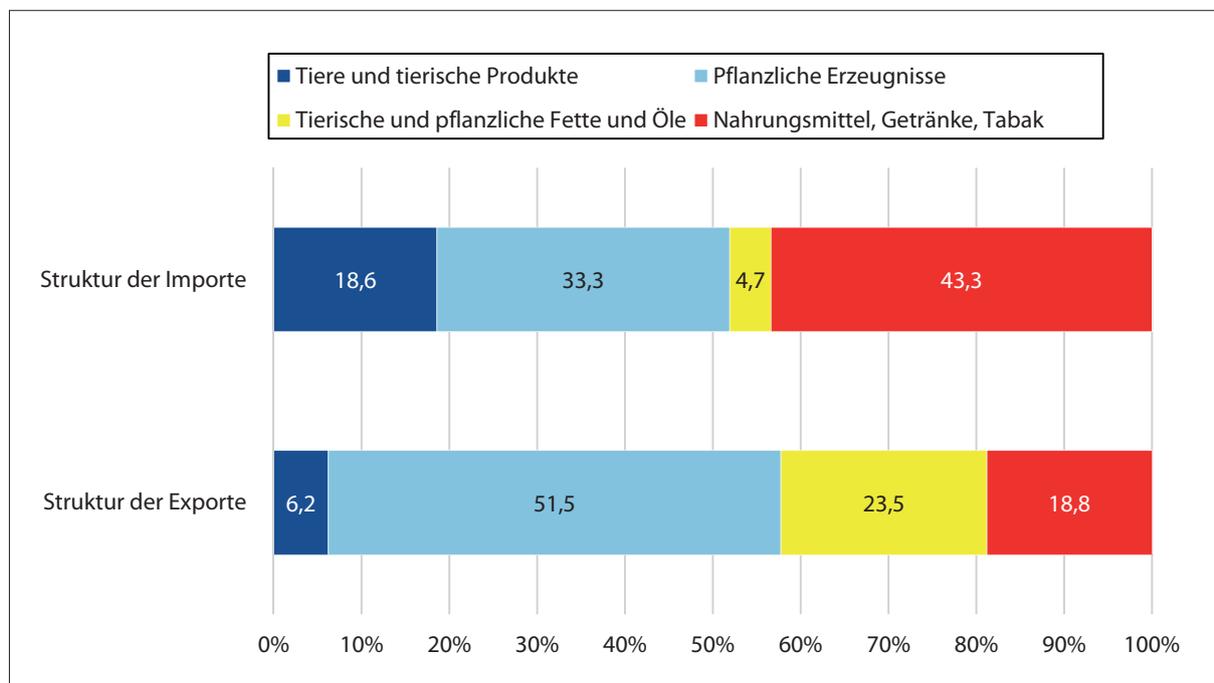
Quelle: Dr. Vera Belaya nach Angaben des Ukrainian Agribusiness Club.

Grafik 2: Handel der Ukraine mit Agrarprodukten, Mrd. US-Dollar



Quelle: Staatliches Statistik-Komitee der Ukraine. Zusammenfassung der Ukraine-Analysen.

Grafik 3: Struktur der Exporte und Importe von Agrarprodukten in der Ukraine von Januar bis November 2014, %



Quelle: Staatliches Statistik-Komitee der Ukraine. Zusammenfassung der Ukraine-Analysen.

Tabelle 1: EU-Handel mit Agrarprodukten mit der Ukraine, Mrd. Euro

	2009	2010	2011	2012	2013
Importe	1,76	1,63	2,65	4,13	3,83
davon pflanzliche Erzeugnisse	1,11	0,79	1,71	2,81	2,75
als Anteil der EU-Importe aus der Ukraine, %	22,3	14,1	17,4	28,3	27,8
Exporte	1,28	1,57	1,83	2,19	2,19
davon Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,59	0,78	0,86	0,93	0,96
als Anteil der EU-Exporte in die Ukraine, %	9,2	9,0	8,6	9,2	9,2

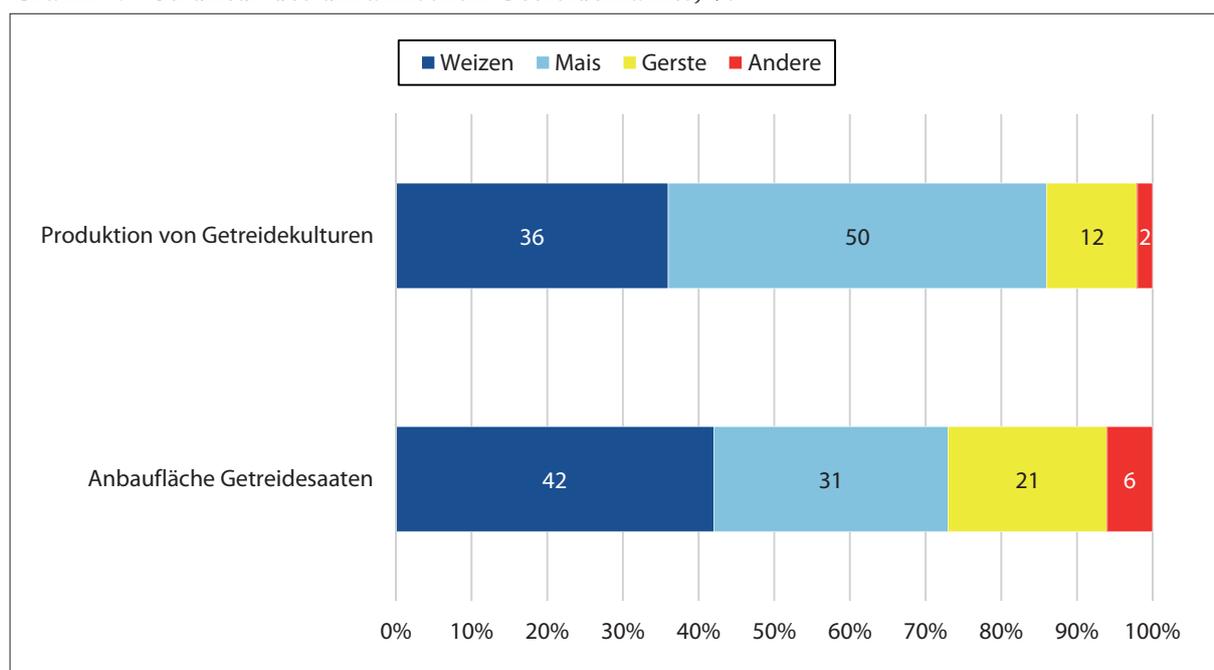
Quelle: Europäische Kommission, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_111613.pdf>; <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113459.pdf>. Zusammenfassung der Ukraine-Analysen.

Tabelle 2: EU-Handel mit einzelnen Agrarprodukten mit der Ukraine, Tsd. Tonnen

	2009	2010	2011	2012	2013
	EU-Importe				
Weizen und Mengkorn	2074,4	125,5	1320,4	1618,4	86,9
Mais	636,0	538,4	2566,1	5758,2	6850,1
	EU-Exporte				
Weizen und Mengkorn	0,5	1,3	1,5	1,2	1,5
Mais	9,2	22,9	41,2	42,5	49,1
Käse und Quark	2,0	4,6	5,7	11,0	14,1
Milch und Sahne	0,9	2,4	3,5	3,8	3,9

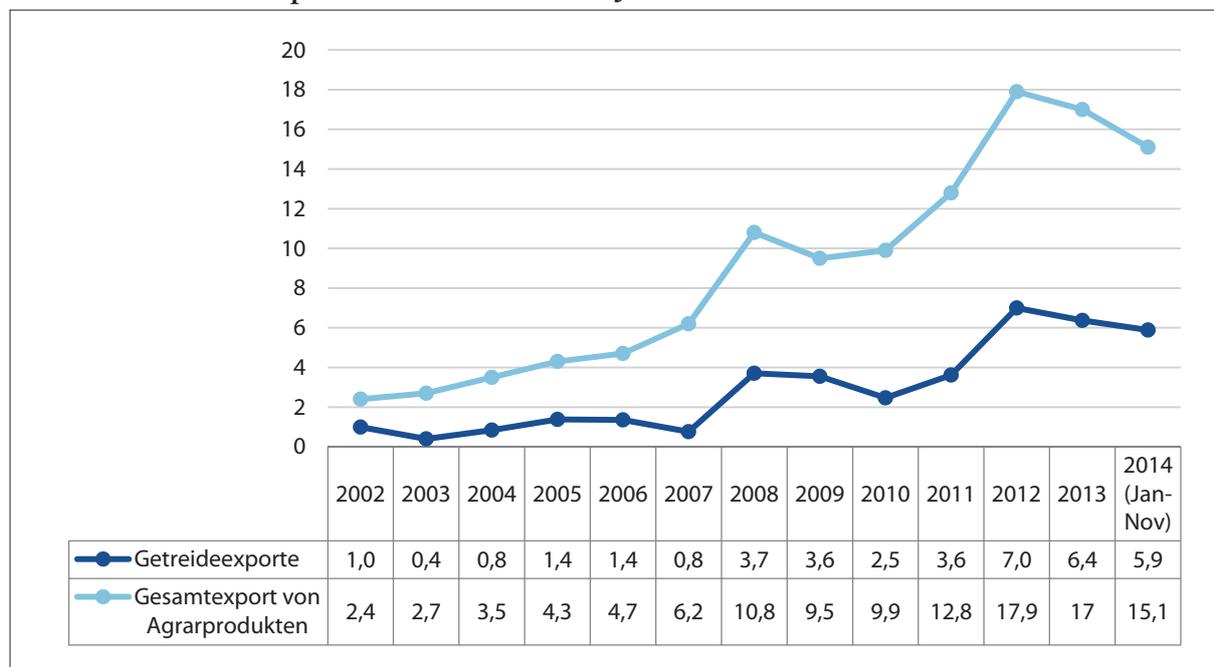
Quelle: Dr. Vera Belaya nach Angaben der Europäischen Kommission, Exporthelpdesk.

Grafik 4: Struktur des ukrainischen Getreidemarkts, %



Quelle: Dr. Vera Belaya nach Angaben des Staatlichen Statistik-Komitees der Ukraine.

Grafik 5: Getreideexporte der Ukraine in den Jahren 2002–2014, Mrd. US-Dollar



Quelle: Staatliches Statistik-Komitee der Ukraine. Zusammenfassung der Ukraine-Analysen.

Tabelle 3: Die wichtigsten Kennzahlen für den ukrainischen Handel mit Weizen

	2009	2010	2011	2012	2013
Produktion, Mio. Tonnen	20,9	16,9	22,3	15,8	22,3
Exporte, Mio. Tonnen	9,3	4,2	5,3	6,9	9,5
Ertrag, Tonnen/ha	3,05	2,63	3,23	2,8	3,39
Rentabilität, %	5,8	9,6	17,6	11,8	-
Durchschnittspreis je Tonne, Hrywnja	796,3	1091,2	1327	1556,2	1368,1

Quelle: Dr. Vera Belaya nach Angaben des Staatlichen Statistik-Komitees der Ukraine und des Ukrainian Agribusiness Club.

Tabelle 4: Die wichtigsten Kennzahlen für den ukrainischen Handel mit Mais

	2009	2010	2011	2012	2013
Produktion, Mio. Tonnen	10,5	12,0	22,8	21,0	31,0
Exporte, Mio. Tonnen	4,9	5,1	13,7	13,6	11,9
Ertrag, Tonnen/ha	5,01	4,51	6,45	4,79	6,4
Rentabilität; %	21,5	29,9	38,6	19,8	-
Durchschnittspreis je Tonne, Hrywnja	870,4	1242	1354,3	1521	1210,4

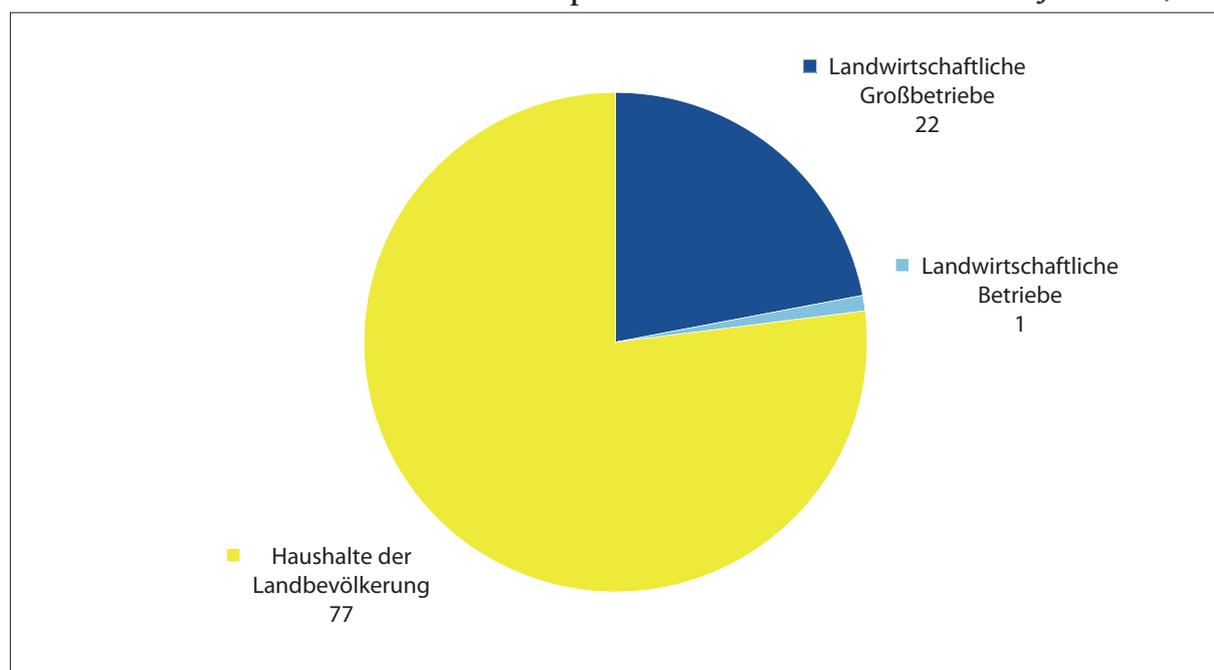
Quelle: Dr. Vera Belaya nach Angaben des Staatlichen Statistik-Komitees der Ukraine und des Ukrainian Agribusiness Club.

Tabelle 5: Die wichtigsten Kennzahlen des ukrainischen Milchmarktes, Mio. Tonnen

	2009	2010	2011	2012	2013
Milchproduktion	11,61	11,25	11,09	11,39	11,5
zur Verarbeitung angelieferte Milch	4,67	4,74	4,61	4,71	4,57
Milchkuhbestand, Tsd. Tiere	2.737	2.631	2.582	2.554	2.509
Milchleistung je Kuh, kg	3.893	3.975	4.109	4.676	4.827
Export von Milchprodukten	0,9	1,0	1,0	0,82	0,75
Importe von Milchprodukten	0,5	0,3	0,3	0,41	0,54

Quelle: Dr. Vera Belaya nach Angaben des Staatlichen Statistik-Komitees der Ukraine.

Grafik 6: Struktur der ukrainischen Milchproduktion nach Betriebsformen im Jahr 2012, %



Quelle: Dr. Vera Belaya nach Angaben des Staatlichen Statistik-Komitees der Ukraine.

Europäische Werte versus Kriegslogik in der Ukraine

Von Katerina Bosko, Bremen

Anfang Februar 2015 haben Diskussionen in der Werchowna Rada über zwei Gesetzentwürfe gezeigt, dass die europäischen Werte in der Ukraine der Kriegslogik unterstellt werden. Zum einen hat das Parlament am 4. Februar mit 271 Stimmen eine Resolution verabschiedet, die die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) »in Bezug auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Militärverbrechen durch höhere Beamte der Russischen Föderation und die Führer der terroristischen Organisationen der DPR und LPR« anerkennt. Zum anderen wollte die Regierung ein restriktives Mediengesetz verabschieden, das aber dank des Widerstands der Oligarchen letztendlich abgelehnt wurde.

Die Resolution über den Internationalen Strafgerichtshof

Die IStGH-Resolution stellt einen Kompromiss dar. Auf der einen Seite hat sich die ukrainische Regierung im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU (Art. 8) dazu verpflichtet, das Römische Statut des IStGH zu ratifizieren. Auf der anderen Seite will Kiew sich der Gerichtsbarkeit des IStGH nicht vollständig unterwerfen. Das würde nicht zuletzt seinen Handlungsspielraum bezüglich des Militärkonflikts im Osten stark einschränken.

Zu den Zuständigkeitsbereichen des IStGH gehören Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression. Das Römische Statut bietet somit eine internationale Rechtsordnung, um Personen wegen schwerwiegender Verletzungen von Menschenrechten auf internationaler Ebene strafrechtlich zu verfolgen. Die Ukraine hat das Statut schon im Jahr 2000 unterzeichnet, es allerdings nicht ratifiziert. Im Jahr 2001 entschied das Verfassungsgericht der Ukraine, dass das Dokument der ukrainischen Verfassung widerspricht. Argumentiert wurde vor allem, dass es die staatliche Souveränität einschränkt. Vorschläge, die Verfassung der Ukraine in puncto Anerkennung der Gerichtsbarkeit des IStGH zu ändern – etwa im Mai 2014 und jetzt erneut im Januar 2015 –, sind gescheitert.

Die Ukraine hat allerdings einen Umweg gefunden. Noch im Februar 2014 hat die Werchowna Rada eine Resolution verabschiedet, in der sie die Gerichtsbarkeit des IStGH nur für den Zeitraum vom 21. November 2013 bis zum 22. Februar 2014, also für die Zeit der Euromaidan-Proteste, anerkennt. Heute hat das Parlament die gleiche Praxis wie vor einem Jahr angewen-

det: Die Gerichtsbarkeit des IStGH wurde wieder nur zum Teil anerkannt und nur in Fragen, bei denen die Schuld der pro-russischen Separatisten oder Russlands zu beweisen sein sollte. Um seine Position zu bekräftigen, hat das Parlament am 27. Januar 2015 in einer Resolution die Russische Föderation als Aggressor und die Volksrepubliken »DNR« und »LNR« als terroristische Organisationen gebrandmarkt. Die Wirksamkeit der neuen IStGH-Resolution bleibt allerdings zweifelhaft. Klagen gegen russische Staatsbürger sind vergeblich, weil Russland das Römische Statut des IStGH nicht ratifiziert hat. Es ist absehbar, dass es den IStGH auch in Zukunft ablehnen wird. Und auch die Bemühungen des ukrainischen Außenministeriums, »DNR« und »LNR« international als Terroristen einzustufen, waren bisher erfolglos.

Offiziell wurde die Position Kiews in einer Stellungnahme des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine erklärt. Die selbstgestellte Frage, ob die Ukraine den Internationalen Strafgerichtshof als Antwort auf die russische Aggression bräuchte, beantwortete der Rat negativ: Vielmehr könne Russland den IStGH als Propaganda oder diplomatisches Druckmittel verwenden, sollte die Ukraine das Statut ratifizieren. Laut Sicherheitsrat gibt es dafür bereits Präzedenzfälle. Als Beispiel wurden Klagen von in Südossetien wohnhaften russischen Staatsbürgern gegen die georgische Regierung nach dem Krieg 2008 genannt. Georgien habe ein Statut ratifiziert und Russland nicht, so dass entsprechende Klagen gegen die russische Regierung unmöglich gewesen seien.

Die Stellungnahme des Sicherheitsrats zeigt, dass die ukrainische Regierung den IStGH als zusätzliches Instrument im Kampf gegen Russland wahrnimmt. Die Frage der Menschenrechte tritt somit in den Hintergrund. Nichtsdestoweniger nutzen manche Politiker wie etwa Julia Timoschenko und ihre Partei Vaterland die Gelegenheit, um sich zugunsten der Menschenrechte zu positionieren, und fordern die vollständige Ratifizierung des Römischen Statuts. Die neuen Abgeordneten aus der Zivilgesellschaft sind ebenso dafür. Schließlich haben 155 Abgeordnete (jedoch nicht Timoschenko) einen Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung in der Frage des IStGH ins Parlament eingebracht. Von den Koalitionspartnern hat sich nur die Volksfront Jazenjuks (82 Abgeordnete) kaum an der Sammlung der Unterschriften für diesen Gesetzentwurf beteiligt. Der Wille, das Römische Statut vollständig zu ratifizieren, ist also im Prinzip da. Die »menschenrechtsfreundlichen« Gruppen

können sich im Parlament aber nicht durchsetzen, vor allem weil sich Kriegsbefürworter wie etwa die Volksfront dagegen wehren.

Der gescheiterte Gesetzentwurf zur Einschränkung der Medienfreiheit

Ein ähnliches Beispiel der herrschenden Kriegslogik liefert der Versuch, die Medienfreiheit wegen des Informationskriegs mit Russland einzuschränken. Mitte Januar hat die Partei Volksfront einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, der die Befugnisse des Nationalen Rats für Radio und Fernsehen in Fragen des vorübergehenden Lizenzzugs für einzelne Sender erweitern sollte. Das Gesetz sah auch Bußgelder für die mediale Verbreitung von Aufrufen zum Staatsstreich, zur Änderung der Staatsgrenzen der Ukraine, zu Krieg, Völkermord, Terroranschlägen und zur Gründung von Terrorgruppen vor.

Anders als bei der IStGH-Abstimmung konnten sich die Kriegsbefürworter nun aber nicht durchsetzen, weil die Oligarchen sofort eine Gegenkampagne starteten. Fast alle großen Mediengruppen, die den ukrainischen Oligarchen gehören, haben öffentlich Kritik geäußert – Inter (im Besitz von Dmytro Firtasch), Media Group Ukraine (Rinat Achmetow) und Star Light Media (Wiktor Pintschuk). Nur »1+1 Media« von Ihor Kolomojskyj hat nicht Position bezogen. Außerdem haben drei ehemalige Präsidenten der Ukraine einen Brief veröffentlicht, in dem sie vor der Abkehr von der europäischen Integration und der Hinwendung zur Diktatur warnen. Im Endeffekt wurde das Gesetz am 3. Februar mit 189 Stimmen abgelehnt, 226 Stimmen wären zu seiner Annahme nötig gewesen. Nicht abgestimmt haben etwa die Hälfte der Abgeordneten des Blocks Poroschenko, zwei Drittel der Partei Selbsthilfe, der Oppositionsblock und, fast vollständig, die Parteien von Julia Timoschenko und Oleh Ljaschko.

Das gescheiterte Gesetz ist jedoch nur eine von mehreren Initiativen der Volksfront. In einem anderen Gesetzentwurf vom 15. Januar 2015 wollte sie die Betei-

ligung Russlands am Grundkapital inländischer Sendeanstalten verbieten. Der Vorschlag war von Anfang an gegen den Sender »Inter« konzipiert, dessen Aktien zu 29 % dem russischen »Ersten Kanal« gehören. Der Gesetzentwurf wurde am 27. Januar aber nicht in die Tagesordnung des Parlaments aufgenommen. Am 3. Februar haben die Eigentümer von Inter – der Gas-Oligarch Dmytro Firtasch und der ehemalige Leiter von Janukowitschs Präsidentialadministration Serhij Ljowtschkin – die russischen Aktien eilig angekauft. Auch dieser Gesetzesvorschlag ist somit gescheitert. Erfolgreich war aber eine weitere Gesetzesvorlage zu einem ähnlichen Thema, die das Verbot von Filmen über russische Soldaten und Polizisten vorsieht. Mit 259 Stimmen hat das Parlament am 5. Februar sogar die schärfere Variante der Vorlage verabschiedet – verboten sind nun nicht nur die Filme, die russische Sicherheitsbehörden oder die Armee in einem positiven Licht darstellen, sondern auch alle Filme aus der Russischen Föderation, die nach dem Jahr 2014 produziert wurden. Im Endeffekt hat sich die Volksfront also doch durchgesetzt, wenn auch in anderer Form als gedacht.

Schlussfolgerung

Beide Beispiele machen deutlich, wie weit die ukrainischen Politiker noch von den europäischen Werten entfernt sind. Weder Menschenrechte noch Medienfreiheit werden in der Ukraine vollständig geachtet, solange der Militärkonflikt im Osten der Ukraine andauert. Für ein hybrides Regime wie die Ukraine ist es typisch, weder vollständig demokratisch noch vollständig autoritär zu handeln. Untypisch ist jedoch der derzeitige Krieg. Unter den Parolen der nationalen Sicherheit kann sich schleichend eine Autokratisierung des Landes vollziehen. Bisher hat sich das Parlament solchen Tendenzen widersetzt und es wird sich ihnen wahrscheinlich auch weiterhin widersetzen. Die Machtkämpfe nehmen aber Zeit in Anspruch, die für Reformen dann einfach nicht mehr da ist.

Über die Autorin:

Katerina Bosko (geb. Malygina) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«. Zugleich schreibt sie ihre Doktorarbeit über die Instrumentalisierung der Diskurse in der ukrainischen Gaspolitik.

UMFRAGE

Ansichten der Bevölkerung von Slowjansk und Kramatorsk nach der Übernahme der Kontrolle durch die ukrainische Armee

Zur Situation in der Stadt während und nach den Kämpfen

Tabelle 1: Hatten Sie folgende Schwierigkeiten während der Kämpfe oder während des Aufenthalts von Leuten der »Volksrepublik Donezk« in der Stadt? (in %, mehrere Antworten möglich)

	Slowjansk (N=332)	Kramatorsk (N=367)	Gesamtprobe
Völlig zerstörte Wohnung	2	0,2	1,1
Teilweise beschädigte Wohnung	19,6	3,8	12,1
Eigentum geplündert	5,3	0	2,7
Während der Kämpfe in der Stadt wurden Verwandte, Freunde getötet	6,5	5,8	6
Während der Kämpfe in der Stadt wurden Verwandte, Freunde verletzt	9,4	23,4	16,4
Ich selbst wurde verwundet	0,8	0,6	0,6
Ich selbst oder Familienmitglieder waren krank und es gab keine Behandlung	8,2	9,8	9,3
Ich hatte notwendige Medikamente nicht	21,6	8,4	15,3
Es gab keine Nahrungsmittel	19,4	5,6	12,6
Es gab kein Wasser	72,5	67,6	70,3
Es gab keinen Strom	73,9	21,8	48,3
Ich hatte kein Geld	47,5	39,2	44
Es gab keine Verbindung – kein Telefon, kein Handy	65,9	58,8	61,6
Ich habe meinen Job verloren	18,6	8,8	13,4
Ich habe Ersparnisse auf der Bank verloren	1,2	0,8	0,9
Ich habe Dokumente verloren	2	1,4	1,7
Wir haben uns in der Familie und unter Freunden wegen unterschiedlicher Haltungen zu den Ereignissen im Donbass zerstritten	2,4	22,8	12,6
Anderes	2,7	14,2	8,4
Nichts davon ist mir passiert	22,2	2,8	12,6

Anmerkung: Insgesamt wurden 510 Menschen in Slowjansk und 500 Menschen in Kramatorsk befragt (Stichprobenfehler: 4,4 %).

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum und dem »Ukrainian Sociology Service« vom 22. bis zum 27. November 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/obshhestvennavjansk.htm>

Tabelle 2: Haben Sie zurzeit Folgendes in Ihrer Wohnung (in Ihrem Haus)?
(in %, nur Ja-Antworten)

	Slowjansk (N=332)	Kramatorsk (N=367)	Gesamtprobe
Kaltes Wasser	99,8	98,4	99,2
Heißes Wasser	90,2	62,8	75,9
Strom	99,8	100,0	99,9
Gas	98,8	42,0	93,6
Zentralheizung	99,4	96,8	98,3
ukrainische TV-Sender	99,4	96,8	98,3
russische TV-Sender	16,7	26,4	20,8
Internet	56,7	43,6	48,9

Anmerkung: Insgesamt wurden 510 Menschen in Slowjansk und 500 Menschen in Kramatorsk befragt (Stichprobenfehler: 4,4 %).

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum und dem »Ukrainian Sociology Service« vom 22. bis zum 27. November 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/obshestvennavjansk.htm>

Tabelle 3: Haben Sie zurzeit Folgendes in der Stadt ? (in %, nur Ja-Antworten)

	Slowjansk (N=332)	Kramatorsk (N=367)	Gesamtprobe
Mobilfunkverbindung	99,8	94,0	96,4
Lebensmittel	100,0	97,4	98,8
Lohnzahlungen	99,6	84,8	91,6
Rentenzahlungen	99,2	88,2	94,1
Sozialleistungen	87,6	75,0	81,1
Geldautomaten	99,4	96,4	98,1
Busservice	100,0	98,0	99,1
Arbeitende Gesundheits- einrichtungen	99,6	97,2	98,6
Arbeitende Schulen, Kindergärten	98,8	97,0	97,9

Anmerkung: Insgesamt wurden 510 Menschen in Slowjansk und 500 Menschen in Kramatorsk befragt (Stichprobenfehler: 4,4 %).

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum und dem »Ukrainian Sociology Service« vom 22. bis zum 27. November 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/obshestvennavjansk.htm>

Die Schuldigen und die Rolle Russlands

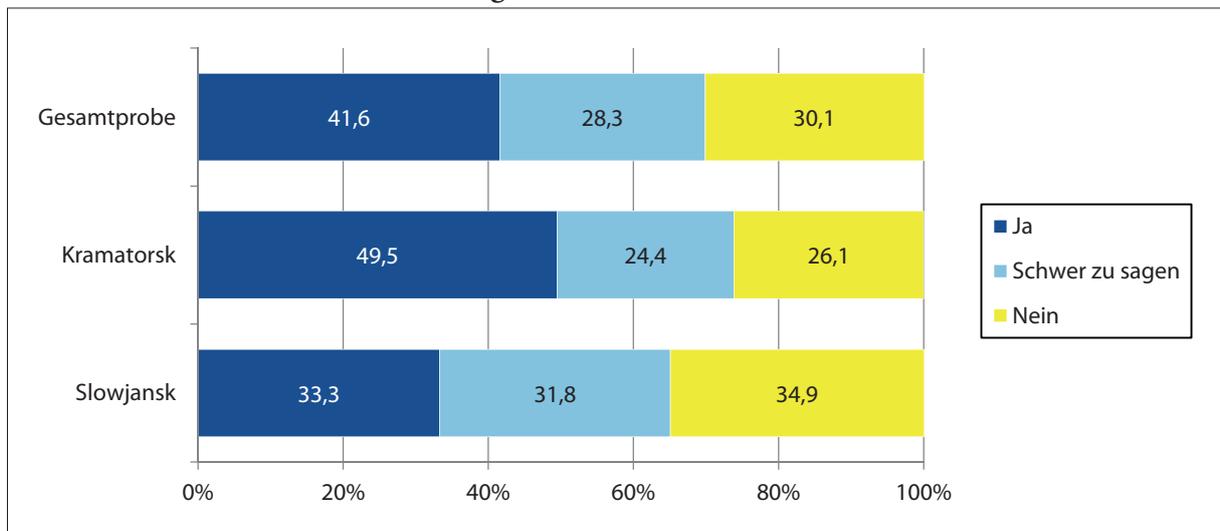
Tabelle 4: Wer trägt Ihrer Meinung nach die Schuld für das, was im Donbass passiert?
(in %, mehrere Antworten möglich)

	Slowjansk	Kramatorsk	Gesamtprobe
die derzeitige Führung der Ukraine	77,1	67,6	71,8
das alte Regime (die Partei der Regionen, Janukowitsch und seine Leute)	47,3	38,0	42,5
die regionale politische Elite des Donbass	13,5	7,0	10,3
Russland	25,1	36,6	31,1
EU-Länder	15,7	6,8	11,3
USA	35,7	29,2	32,0
NATO	9,0	2,8	5,8
ukrainische Oligarchen	36,1	14,6	25,2
der »Maidan«, der das Land geteilt hat	36,7	28,2	32,3
die Einwohner des Donbass, die mit der Politik der gegenwärtigen Regierung der Ukraine nicht einverstanden sind	9,8	12,0	11,1
die ukrainischen Nationalisten	13,9	10,4	11,9
die Unterschicht des Donbass, die sich mit Waffengewalt behauptet	6,3	15,2	10,6
anderes	0,2	0,4	0,3
schwer zu sagen	7,3	8,6	8,3

Anmerkung: Insgesamt wurden 510 Menschen in Slowjansk und 500 Menschen in Kramatorsk befragt (Stichprobenfehler: 4,4 %).

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum und dem »Ukrainian Sociology Service« vom 22. bis zum 27. November 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/obshestvennavjansk.htm>

Grafik 1: Ist Russland Ihrer Meinung nach eine Partei im Konflikt im Osten der Ukraine?



Anmerkung: Insgesamt wurden 510 Menschen in Slowjansk und 500 Menschen in Kramatorsk befragt (Stichprobenfehler: 4,4 %).

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum und dem »Ukrainian Sociology Service« vom 22. bis zum 27. November 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/obshestvennavjansk.htm>

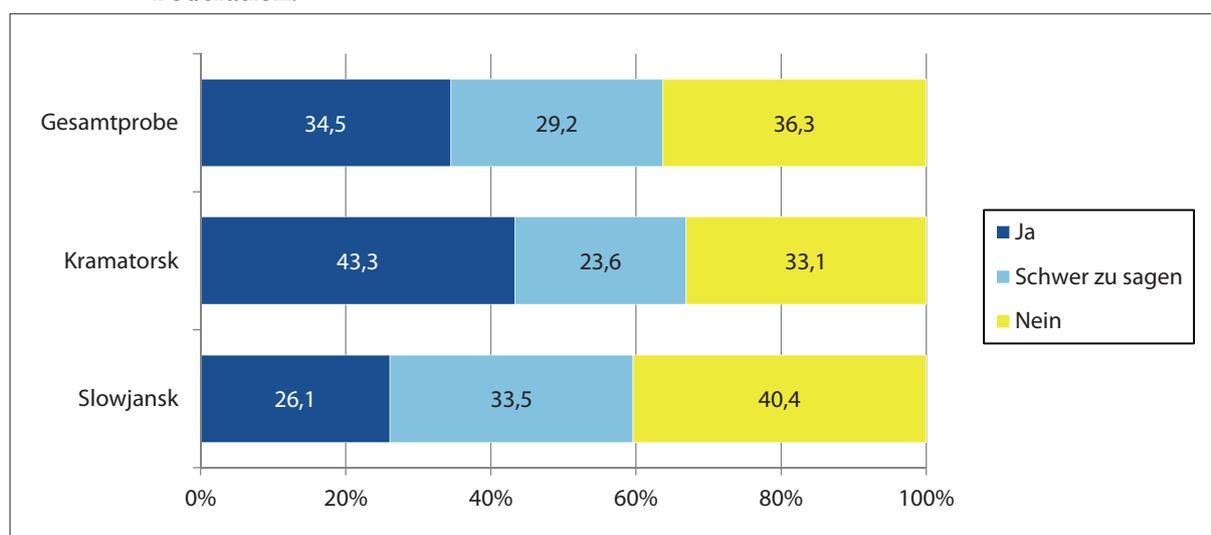
Tabelle 5: Was ist Ihrer Meinung nach die Rolle Russlands in diesem Konflikt? (Zutreffendes ankreuzen) (% derjenigen, die die Beteiligung Russlands an dem Konflikt nicht leugnen)

	Slowjansk (N=332)	Kramatorsk (N=367)	Gesamtprobe (N=1010)
Russland unterstützt die pro-russischen Kräfte im Donbass vor allem auf diplomatischem Weg	18,1	1,4	6,4
Russland liefert humanitäre Hilfe für den Donbass	53,6	27,8	27,7
Russland liefert Waffen an die Streitkräfte der »Volksrepubliken Donezk und Lugansk«	42,8	57,5	35,1
Russische Streitkräfte beteiligen sich auf Seiten der »Volksrepubliken Donezk und Lugansk« an den Kämpfen	27,1	41,7	24,2
Schwer zu sagen	27,1	15,0	14,6

Anmerkung: Insgesamt wurden 510 Menschen in Slowjansk und 500 Menschen in Kramatorsk befragt (Stichprobenfehler: 4,4 %).

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum und dem »Ukrainian Sociology Service« vom 22. bis zum 27. November 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/obshestvennavjansk.htm>.

Grafik 2: Herrscht Ihrer Meinung nach ein Krieg zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation?



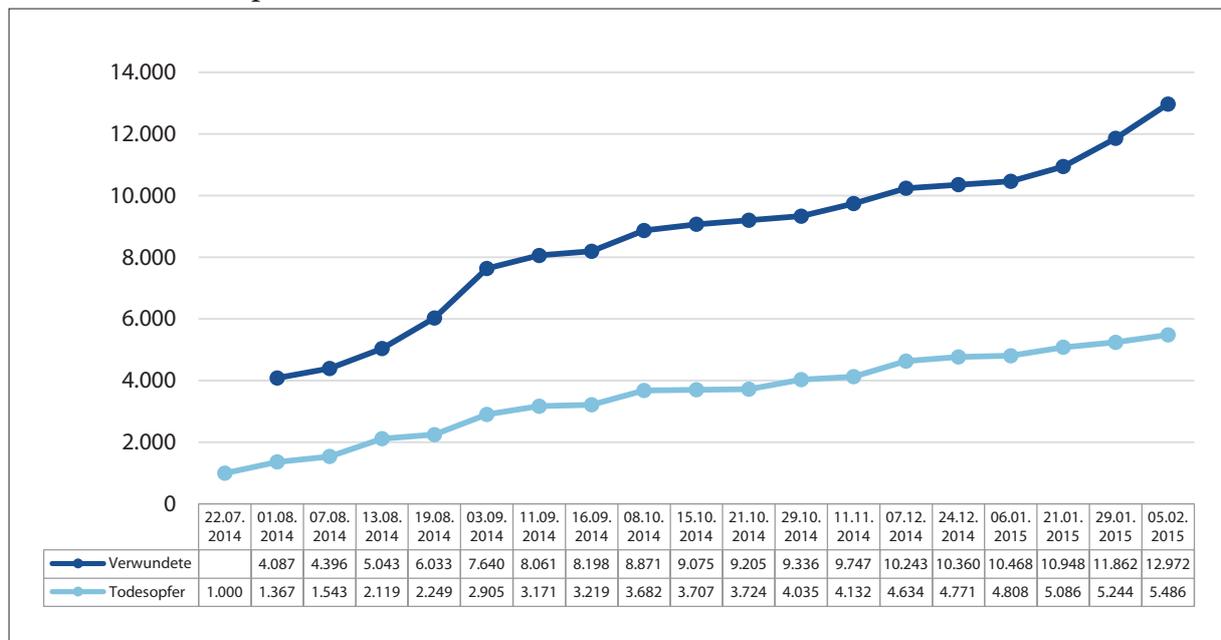
Anmerkung: Insgesamt wurden 510 Menschen in Slowjansk und 500 Menschen in Kramatorsk befragt (Stichprobenfehler: 4,4 %).

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum und dem »Ukrainian Sociology Service« vom 22. bis zum 27. November 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/obshestvennavjansk.htm>.

STATISTIK

Die humanitäre Lage in der Ukraine

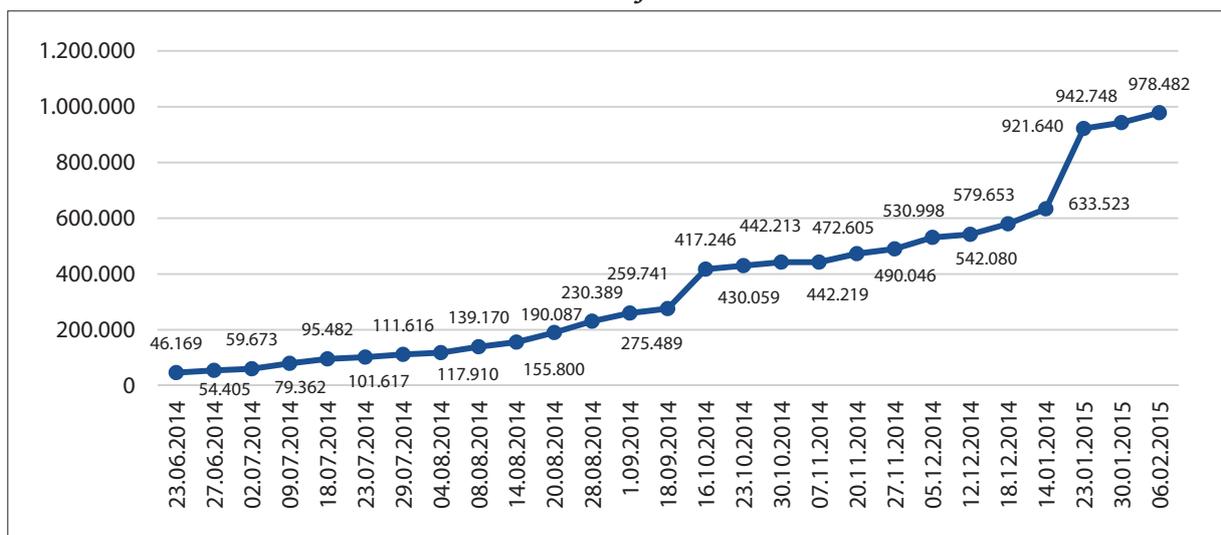
Grafik 1: Anzahl der Todesopfer und Verwundeten im Militärkonflikt in der Ost-Ukraine seit Mitte April 2014



Anmerkung: Dies sind sehr konservative Schätzungen der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in der Ukraine und der Weltgesundheitsorganisation. Die Gesamtzahl ist wahrscheinlich viel höher. Die Zahlen umfassen ukrainischen Streitkräfte, Zivilisten, einige Mitglieder der bewaffneten Gruppen und Passagiere vom abgestürzten Flug MH17 der Malaysia Airlines.

Quelle: zusammengefasst nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Ukraine Situation reports No. 1–26, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

Grafik 2: Binnenvertriebene in der Ukraine von Juni 2014 bis Februar 2015



Quelle: zusammengefasst nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), »Ukraine: Overview of population displacement«, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

Tabelle 1: Flüchtlinge aus der Ukraine infolge der Ukraine-Krise 2014 nach Ländern (Stand 6. Februar 2015)

	Legalen Status anstrebende Personen	Asylanträge
Russland	532.089	260.359
Polen	34.327	2.518
Belarus	60.319	682
Ungarn	5.620	37
Moldau	5.495	151
Rumänien	1.604	34
Gesamt	639.454	263.781

Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), »Ukraine: Overview of population displacement (as of 6 February 2015)«, <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/ukr%20displacement_06Feb2015_0.pdf>

DOKUMENTATION

Die Ukraine-Krise im Fokus der Münchener Sicherheitskonferenz 2015

Auszüge aus der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel (07.02.2015)

Russland bricht Völkerrecht

(...) »[S]eit mehr als einem Jahr erleben wir nun in der Ukraine-Krise, dass die Grundlagen der europäischen Friedensordnung keineswegs selbstverständlich sind. Denn Russlands Vorgehen – erst auf der Krim, dann in der Ostukraine – hat diese Grundlagen unseres Zusammenlebens in Europa verletzt. Die territoriale Integrität der Ukraine wird ebenso missachtet wie ihre staatliche Souveränität. Das Völkerrecht wird gebrochen. (...)

Russlands Vorgehen steht im Widerspruch zu den Verpflichtungen etwa aus der KSZE-Schlussakte oder – und das vor allen Dingen – dem Budapester Memorandum, in dem damals versichert wurde – durch die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Russland –, dass die territoriale Integrität der Ukraine geschützt wird und die Ukraine in der Folge ihre nukleare Bewaffnung aufzugeben hat.

Gerade wenn ich mich an bestimmte Gespräche auch hier am Rande dieser Sicherheitskonferenz erinnere: Wer wird seine nukleare Kapazität aufgeben, wenn wir nicht sicherstellen können, dass territoriale Integrität akzeptiert wird? Deshalb macht die Europäische Union gemeinsam mit ihren transatlantischen Partnern deutlich, dass eine Politik, die auf eine gewaltsame Veränderung der Grenzen in Europa abzielt, im 21. Jahrhundert keinen Platz haben darf. Wir machen deutlich, dass internationales Recht eingehalten werden muss. Niemand von uns hat ein Interesse an einer neuen Spaltung in Europa und schon gar nicht an einer Konfrontation mit dem Risiko unkontrollierbarer Eskalation.«

... aber »Sicherheit in Europa gemeinsam mit Russland«

»Wir wollen Sicherheit in Europa gemeinsam mit Russland gestalten, nicht gegen Russland. Das gilt für die europäische und die transatlantische Sicherheitsordnung. Das gilt auch für die Bewältigung gemeinsamer internationaler Herausforderungen – von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis hin zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die E3+3-Verhandlungen zur Lösung des Nuklearkonflikts mit dem Iran und die Beseitigung syrischer Chemiewaffen belegen, dass trotz aller Krisen eine Zusammenarbeit mit Russland bei wichtigen Themen gelingen kann.

Diese Beispiele zeigen übrigens auch, dass die internationale Ordnung positive Wirkung entfalten kann. Das setzt allerdings den Willen aller Beteiligten voraus, in Grundprinzipien dieser Ordnung immer eindeutig zu sein, an diesen

Grundprinzipien festzuhalten und sich an der Umsetzung messen zu lassen. Dazu muss Russland auch in der Ukraine-Krise seinen Beitrag leisten. Militärisch ist diese Krise nicht zu lösen.«

Krisengespräche mit Russland sind Versuch wert

»Deshalb gilt es jetzt mehr denn je, substantielle Schritte festzulegen, die dazu dienen, das Minsker Abkommen mit Leben zu füllen. Diesem Ziel dienen auch unsere Gespräche; auch die gegenwärtigen in Kiew und Moskau. Ich freue mich, dass Präsident Poroschenko an dieser Sicherheitskonferenz teilnimmt. Ich sage aber – auch nach den Gesprächen gestern in Moskau, die der französische Präsident und ich geführt haben: Es ist ungewiss, ob sie Erfolg haben. Aber es ist aus meiner Sicht und auch der Sicht des französischen Präsidenten auf jeden Fall wert, diesen Versuch zu wagen. Ich glaube, wir schulden es schon allein den betroffenen Menschen in der Ukraine.«

Freihandelsabkommen zwischen EU und Eurasischer Union erst nach Lösung der Ukraine-Krise auf der Grundlage des Völkerrechts

(...) »Auch wir sind sehr daran interessiert, dem langfristigen Ziel eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Wladivostok über Lissabon bis Vancouver näher zu kommen. Ich unterstütze dazu notwendige Gespräche auch zwischen der EU-Kommission und der Eurasischen Union. Aber ich ergänze: Voraussetzung für solche Gespräche und erst recht für den Erfolg ist natürlich die Überwindung der Ukraine-Krise auf der Grundlage des internationalen Rechts.«

Quelle: <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2015/02/2015-02-07-merkel-sicherheitskonferenz.html;jsessionid=B3FD22DB10E3B3465069574AB4FF2C86.s4t2>>

Auszüge aus der Rede des Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko (07.02.2015)

Russland führt Krieg gegen die Ukraine

(...) “Our neighbor has breached international law and annexed a part of our territory.

Today, a formerly strategic partner is waging a hybrid war against a sovereign state, a co-founder of the United Nations.

Mounds of lies and propaganda have been heaped into a wall of hatred, erected between two once friendly nations.

The border routes, once used for transporting goods and exchange of visitors and friends, are now swarming with Russian tanks, armed personnel carriers, artillery, multiple-rocket-launchers and ammunition.

How many evidences does the world still need to recognize an obvious fact – there is a foreign military equipment, mercenaries, Russian military coaches and regular troops.”

Humanitäre Lage in der Ukraine wird immer schlimmer

“This last year has become a spiraling tragedy for my nation.

The death toll of the Ukrainian soldiers defending their land from aggressor is constantly rising.

Here there is the passports and documents of Russian soldiers and officers who came to us and “got lost” their way. This is the best evidence of the presence of Russian troops which killing Ukrainian soldiers and Ukrainian civilians.

Thousands of people have been killed since last April.

More than ten thousands wounded.

Hundreds and thousands of civilians have become innocent victims of terrorists financed, trained and equipped by Russia.

298 innocent victims of the downed MH17 flight; 16 killed in a bus shelled in Volnovakha, 8 dead in a trolleybus shelled in Donetsk; 31 civilian casualties of Mariupol shelling by Russian-provided rockets.

The children of Debaltseve will never be able to get rid of the memories of the nights they spent in freezing basements hiding from the explosions and the blasts.

One million internally displaced persons have escaped the horrors of the war. But the trauma they have suffered will never be healed.

I would like to thank our international partners for their humanitarian support helping these people to start life from a new slate.

Nadia Savchenko has spent 237 days in a Russian prison and is now slowly dying in the 57th day of a hunger strike against her illegal abduction and imprisonment.

This is all highly reminiscent of the Soviet repressive machine now applied to break the courage of a Ukrainian woman – an officer of the Ukrainian Air Force.

We say “free Nadiya”, but we mean that every single Ukrainian, who was captured and tortured just for defending their land must be released.

The war exhausts Ukraine daily affecting the lives of its citizens. We have lost 20 percent of our industrial output. 10 percent of industrial infrastructure is in ruins.

The fighting in Donbas threatens a technological disaster on a global scale. One of the biggest nuclear power plants in Europe, Energodar, is just 280 kilometers from Mariupol.”

Die Ukraine setzt auf Dialog und bilateralen Waffenstillstand

“The aggression against Ukraine has opened a Pandora’s Box for the international security.

It must be clear that there are no temporary solutions. This conflict must be resolved, not frozen. (...)

Today Ukraine has to fight for its independence and its freedom. We must defend our land.

But from the very beginning Ukraine has been committed to peace and has remained coherent and consistent on the peace process.

As a President of Peace, I presented my Plan. Its logic is laid down in the Minsk Protocol signed on the September 5, 2014 by representatives of Ukraine, Russia, the OSCE and the separatists.

These are very concrete steps to restore peace and facilitate the political dialogue.

We immediately declared the ceasefire and signed the Memorandum on the line of disengagement and withdrawal of heavy weaponry on September 19, 2014.

We were ready to hold a political dialogue with those parties who are credible to represent Donbas based on the democratic approach – elections.

The Ukrainian Parliament passed the Law to provide wider authority to regional, municipal and local authorities of parts of Donetsk and Luhansk regions, and it passed the Law on Amnesty.

We will never recognize fake elections held by separatists on their controlled territories on November 2 under the barrels of machine guns.

I would like to stress that a non-military and diplomatic solution remains the only remedy to this situation. And I would like to reiterate that the Minsk Protocol and the Minsk Memorandum are still on the table.

We want to stop the bloodshed and are ready for an immediate – but bilateral – ceasefire, to be monitored and verified by the OSCE.

We urge the withdrawal of weaponry, the closing of the border, and the release of all hostages, including Nadia Savchenko.

Once there is no threat of an offensive operation, we stand ready to hold local elections in Donbas under Ukrainian legislation and the observation of the OSCE/ODIHR.

We are committed to continuing the further political dialogue with the democratically elected representatives.

We have started Constitutional reform with the aim of continuing the decentralization process and yielding wider administrative, financial and cultural authorities to the regions.

We are stripping our members of parliament and judges of immunity and are conducting rigid anti-corruption reforms.

These efforts are parts of a comprehensive process to restore the confidence of the Ukrainian people in their institutions and make the world believe in Ukraine.

I am very grateful to Chancellor Merkel and President Hollande for coming to Kyiv on Thursday to intensify our efforts at resuming peace.

We truly hope that these proposals stemming from the Minsk agreements will resonate in the efforts of Russia, whose commitment to peace is enshrined in the Minsk agreements.”

Aufruf zu Waffenlieferungen an die Ukraine

(...) “Ukraine greatly needs defensive military support to ensure the ceasefire and contain the aggression.

I know many experts have argued that enhancing us militarily would provoke further aggression. On the contrary, we have seen that the lack of defense capabilities triggers offensive operation against Ukraine and spins the escalation.

Over the course of the conflict we have proven to be responsible and that we will not use the defensive equipment to attack.

The stronger is our defense – the more convincing is our diplomatic voice.”

Nichteinhaltung des Budapester Memorandums stellt weltweite nukleare Abrüstung in Frage

(...) "As we approach the 2015, Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Treaty Review Conference is to be held in New York this May. Let me also dwell on another important aspect of the current international security environment.

It is related to one of the consequences of the Ukrainian crisis, which I would call "a broken promise on Ukraine".

I mean Russia's clear violation of the 1994 Budapest memorandum, in which, together with the UK and the US, it pledged to respect my country's sovereignty and territorial integrity in return for Ukraine joining the NPT and giving up nuclear weapons. It has already created a profound challenge for the existing international non-proliferation regime.

Russian aggression undermines the value and credibility of negative security assurances issued by any nuclear-weapon-state.

The whole process of non-proliferation is put under question, when non-nuclear-weapon-states feel safe no more while dealing with nuclear ones.

In this regard, we need to design new mechanisms to reinforce the sanctity of international law, the primary bastion of many states who lack other means of protection."

Internationale Gemeinschaft braucht Instrumente gegen Propaganda und hybride Kriegsführung

"Another field to draw attention to is a lack of legal responsibility under the international law for cynical and aggressive propaganda used to encourage and incite ethnic, racial or religious hatred.

For just a year the number of Russian citizens who were thinking bad or very bad about Ukraine has grown from 26 to 59 per cent.

We have to create legal international tools and mechanisms to counteract propaganda, to make the countries to behave responsibly and to maintain the principle of non-intervention into internal affairs of another state.

For over a year Ukraine has been facing dramatic consequences of an undeclared hybrid warfare. It is very important that the states in the region devote more attention to hybrid threats.

We need a clear strategic concept with a wide-range of response instruments to tackle this complex problem and to enhance the responsibility for applying hybrid war tactics." (...)

Quelle: Press office of President, <<http://president.gov.ua/en/news/32203.html>>

Auszüge aus der Rede des russischen Außenministers Sergey Lawrow (07.02.2015)

Globale Stabilitätsstruktur wurde nicht erst jetzt, sondern schon viel früher durch den Westen untergraben

(...) "Mr Wolfgang Ischinger has included the issue of the collapse of global development on the agenda. One has to agree that events have taken a turn, which is far from optimistic. But it is impossible to agree with the arguments of some of our colleagues that there was a sudden and rapid collapse of the world order that had existed for decades.

To the contrary, the last year's developments confirmed the correctness of our warnings against profound, systemic problems in the organisation of European security and international relations in general. I would like to remind you of the speech delivered by Russian President Vladimir Putin from these stands eight years ago.

The structure of stability, based on the UN Charter and the Helsinki principles, has long been undermined by actions of the United States and its allies in Yugoslavia, which was bombed, as well as in Iraq and Libya, NATO's expansion to the east and the creation of new lines of separation. The project of building a "common European home" failed because our western partners were guided by illusions and beliefs of winners in the Cold War rather than the interests of building an open security architecture with mutual respect of interests. The obligations, solemnly undertaken as part of the OSCE and the Russia-NATO Council, not to ensure one's own safety at the expense of others' remained on paper and were ignored on practice."

USA und EU begünstigen mit ihrer Politik die Eskalation der Situation in der Ukraine

(...) "As for Ukraine itself, unfortunately, at each stage of the crisis' development, our American colleagues, and under their influence, also the European Union, have been taking steps leading to escalation. This happened when the EU declined to involve Russia in the discussion of the consequences of implementing the economic block of the Association Agreement with Ukraine, which was followed by direct support of a coup d'état, and anti-government riots prior to that. This also happened when our western partners kept issuing indulgences to the Kiev authorities, who, rather

than keeping their promise to launch nation-wide dialogue, began a large-scale military operation and labelled “terrorists” all those citizens who defied the unconstitutional change of power and the rule of ultranationalists.”

Westliche Partner Russlands ignorieren Rechtsradikalismus in der Ukraine

“It is very hard for us to explain why many of our colleagues fail to apply to Ukraine the universal principles of settling internal conflicts which presuppose, above all, an inclusive political dialogue between the protagonists. Why do our partners in the cases of Afghanistan, Libya, Iraq, Yemen, Mali and South Sudan, for instance, urge the governments to talk with opposition, with rebels, in some cases even with extremists, whereas in the Ukrainian crisis, our partners act differently, in fact, encouraging Kiev’s military operation, going so far as to justify or attempt to justify the use of cluster munitions.

Regretfully, our western colleagues are apt to close their eyes to everything that is said and done by the Kiev authorities, including fanning xenophobic attitudes. Let me quote: “Ukrainian social-nationalism regards the Ukrainian nation as a blood-race community.” Which is followed by: “The issue of total Ukrainisation in the future social-nationalist state will be resolved within three to six months by a tough and balanced state policy.” The author of those words is Andrey Biletsky, the commander of the Azov regiment, which is actively engaged in the military activities in Donbass. Some other activists who gained a position in politics and power, including Dmitry Yarosh, Oleg Tyagnibok and the leader of the Radical Party in the Verkhovna Rada Oleg Lyashko, publicly called a number of times for an ethnically clean Ukraine, for the extermination of Russians and Jews. Those statements failed to evoke any reaction in the western capitals. I don’t think present-day Europe can afford to neglect the danger of the spread of the neo-Nazi virus.”

Russland ist für den Frieden und gegen Waffenlieferungen an die Ukraine durch westliche Staaten

“The Ukrainian crisis cannot be settled by military force. This was confirmed last summer when the situation on the battlefield forced the participants to sign the Minsk Accords. It is being confirmed now as well, when the next attempt to gain a military victory is failing. Yet regardless of all that, more loud calls are being made in some western countries to step up support of the Kiev authorities’ vector towards militarisation of society and the state, to “infuse” Ukraine with lethal weapons, to drag it into NATO. There is hope in the increased opposition in Europe to such plans, which can only make the tragedy of the Ukrainian people worse.

Russia will continue strive for establishing peace. We are consistently calling for the cessation of military activities, the withdrawal of heavy weapons and the start of direct talks between Kiev and Donetsk and Lugansk on practical steps to restore the common economic, social and political space within the territorial integrity of Ukraine. Numerous initiatives by President Putin were dedicated to exactly that within the Normandy format, which helped launch the Minsk process, and our further efforts on its expansion, including yesterday’s talks in the Kremlin between the Russian, German and French leaders. As you know, these talks are ongoing. We believe that there is every possibility we will reach results and agree on recommendations that will really allow the parties to untie the knot of this conflict.”

Quelle: <http://www.mid.ru/bdcomp/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/4e7cddd252fdef1f43257de60031e493!OpenDocument>

Auszüge aus der Rede des US-Vizepräsidenten Joe Biden (07.02.2015)

Grundprinzipien Europas – Unverletzbarkeit von Grenzen, kein Kampf um Einflussphären, das souveräne Recht, Allianzen selbst zu wählen – sind bedroht

(...) “America and Europe are being tested. President Putin has to understand that, as he has changed, so has our focus. We have moved from resetting this important relationship to reasserting the fundamental bedrock principles on which European freedom and stability rest. And I’ll say it again: inviolate borders, no spheres of influence, the sovereign right to choose your own alliances. I cannot repeat that often enough.

And again, as the Chancellor said this morning, to protect these important principles, we have to be laser-focused on the greater threats to the project of a Europe whole, free, and at peace.

And for a moment I’d like to focus on three of these threats. First, the attempt to undermine Ukrainian sovereignty; second, the use of corruption as an instrument to try to undermine governments; and, third, the use of energy as a tool of coercion.

Most immediately, we need to remain resolute and united in our support of Ukraine, as the Chancellor said this morning. What happens there will resonate well beyond Ukraine. It matters to all—not just in Europe, but around

the world—all who may be subject to aggression; to all countries who expect Russia to honor the agreements they signed, whether at the United Nations, Budapest Memorandum, or even the Minsk Agreement.”

Russlands Versuche, die Ukraine vom Weg zur Demokratie abzubringen, sind gescheitert

“Together, we agreed that countries would never again be able to redraw the map of Europe by force. That’s what we said. That’s what all of you said. That’s what we said. I’ve traveled to Ukraine many times—three times in the past year. I’ve sat down with the men and women who braved the snipers’ bullets in Maidan, as many of you did. Their courage has given Ukraine a chance to leave behind its history and recent history of corruption and finally build a genuine democracy, which has not existed for as long as memory—not in name, but in reality; an economy no longer riddled with corruption, oligarchs above the law.

It’s not easy. This is a difficult transition, as many of you in this room know, because some of you made that transition. But as long as Ukrainians keep faith with this project, we have to keep faith with them. We’ve already shown the strength that comes when we stand united.

Think about it: Russia tried vainly to stop the Ukrainians from having the freest and fairest elections in their history, but they had them. Russia sought to divide Ukraine between east and west, but Ukrainians are more unified as a nation from Lviv to Kharkiv than at any time, I would argue, in the last 25 years, notwithstanding the thugs Russia has supported to foment violence in the Donbas. Russia sought to keep secret its little green men and the multiple tanks that we’ve given them—that they’ve given them. But we have given all you incontrovertible proof that they exist. You’ve seen the pictures, as they say.

But we’ve also exposed what they’re doing to the entire world. All of this because Russia sought to block Ukraine’s Association Agreement with the European Union. That agreement—locking in Ukraine’s European future—was nonetheless signed and ratified by many of you in this room.

And Russia needs to understand that as long as it continues its current course, the United States, and, God willing, all of Europe, and the international community will continue to impose costs on their violation of basic international norms.”

Putin hat Frieden versprochen, aber Waffen geliefert; die Ukraine hat das Recht, sich zu verteidigen

“Chancellor Merkel and President Hollande have just traveled to Kyiv and then to Moscow to pursue a diplomatic resolution to this conflict. The President and I, we agree, we must spare no effort to save lives and resolve the conflict peacefully. As Chancellor Merkel said today, it’s worth the attempt. It’s very much worth the attempt.

But we must judge the existing agreement—Minsk—or any future agreement with Russia by the actions Russia takes on the ground, not by the paper they sign. And given Russia’s recent history, we need to judge it by its deeds, not its words. Don’t tell us. Show us, President Putin.

Too many times President Putin has promised peace, and delivered tanks, troops, and weapons. So we will continue to provide Ukraine with security assistance, not to encourage war but to allow Ukraine to defend itself.

Let me be clear: We do not believe there is a military solution in Ukraine. But let me be equally clear: We do not believe Russia has the right to do what they’re doing. We believe we should attempt an honorable peace. But we also believe the Ukrainian people have a right to defend themselves.”

Minsker Abkommen ist ein Weg zur friedlichen Lösung; Putin stoppt die von ihm kontrollierten Separatisten jedoch nicht

“The essential elements of the Minsk Agreement hold a path to peaceful resolution. I don’t know how many hours, scores of hours I’ve spent with President Poroshenko in Kyiv or on the telephone. He has made some fairly courageous decisions that do not still well with all parts of his constituency. He is viewed by some as having given too much. But Minsk has the major pieces: One, full withdrawal of Russian troops from Ukraine; two, return control over the international border to Ukraine; three, develop a robust international monitoring mission on the Ukrainian-Russian border.

Let’s not kid ourselves. It’s fully within the power of Moscow to stop the separatists from pursuing the military solution. Don’t believe anybody who tells you that that’s not true. I assure it is true. Does it mean there will be some separatists who on their own will move off? Probably. But the core, the leadership, the trained fighters, they are directly answerable to Mr. Putin.”

Ziel der USA ist territoriale Integrität der Ukraine, nicht Zusammenbruch der russischen Wirtschaft

“And let me state clearly what is our collective objective, or at least what I believe is our objective and should be our collective objectives: to preserve the territorial integrity of Ukraine; to reassert the principle that the borders are inviolate and nations have the right to choose their own alliances.

And let me state as clearly as I can what is not our objective. It is not the objective of the United States—I repeat—it is not the objective of the United States of America to collapse or weaken the Russian economy. That is not our objective.

But President Putin has to make a simple, stark choice: Get out of Ukraine or face continued isolation and growing economic costs at home.”

Bekämpfung der Korruption bedeutet auch Selbstverteidigung, wenn Putin sie als Druckmittel im Ausland instrumentalisiert

(...) “But as President Putin and others engage in the use of corruption as a tool of coercion abroad, then fighting corruption is not just about good governance, it’s self-defense. It’s about sovereignty. Fighting corruption may not be easy, but it’s not a mystery how you go about doing it. It’s hard, but not a mystery—transparency, disclosure, independent agencies, vetting police departments and judges, inspector generals in government agencies with the mandate and the freedom to investigate abuses.

Ukraine has taken bold steps toward a new Anti-Corruption Bureau, and it’s passed legislation to reform the Prosecutor General’s office. It has to be implemented now. But it’s a promising start, still more needs to be done. And I’m sure the Prime Minister and the President are tired of hearing me remind them of that a couple times a week.”

Energieabhängigkeit als Druckmittel unzulässig

(...) “We also need to ensure that no country—not Russia or any other nation—can use energy as a weapon of coercion to bully or change the policy of another nation. We’ve known for a long time—you’ve known for a long time—that dependence on a single source of energy is a big problem, a big problem. And now is the time to act.

Europe has made steady progress already. For example, you passed laws with the goal of creating an integrated European energy market. Now is the time to implement those reforms and push for more diversity in fuel types, sources, transit routes; and more investment in the types of infrastructure—interconnections, storage facilities, LNG terminals—that will unleash market forces. We the United States want to be as helpful as we possibly can. It’s overwhelmingly in our interest that Europe not be dependent.

But it’s within your power to make energy security the next chapter in the European project of integration and market expansion that began decades ago—and maybe I’m the only one old enough to remember—with the European Coal and Steel Community. That’s a frightening prospect to think of that.

And if we can finally get it right, there would be—it would be an enormous contribution to the security and independence of Europe.”

Quelle: <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/biden-msc-02072015.html>>

26. Januar – 8. Februar 2015

26.01.2015	Die in Russland inhaftierte ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko, die sich seit Dezember 2014 im Hungerstreik befindet, wird zum Mitglied der ukrainischen Delegation im Europarat ernannt. Sie genießt – nach einer entsprechenden Entscheidung des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung des Europarates – damit international Immunität und darf von Russland nicht mehr festgehalten werden.
26.01.2015	Der Separatistenführer der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, kündigt eine engere Zusammenarbeit mit den Truppen der »Volksrepublik Luhansk« an. Man wolle die Fronten zusammenführen, um den Kampf gegen die ukrainische Armee effizienter zu machen.
26.01.2015	Das Ministerkabinett verhängt den Ausnahmezustand für die Gebiete Donezk und Luhansk. Der Gouverneur von Donezk, Oleksandr Kichtenko, versichert, dass dies keinerlei Einschränkungen der Rechte und Freiheiten der Bürger bedeute. Der Ausnahmezustand vergrößere den Handlungsspielraum der lokalen Behörden und ermögliche eine bessere Ausstattung mit Ressourcen.
27.01.2015	Der Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier, beklagt, dass die Separatisten in der Ostukraine der Beobachtermission den Zugang zu den Grenzregionen mit Russland verweigern würden. Mitarbeiter der Organisation würden nur dorthin geführt, wo es den Separatisten passe. Die OSZE laufe so Gefahr, als Propagandainstrument missbraucht zu werden.
27.01.2015	Die Finanzminister der EU einigen sich darauf, der Ukraine weitere 1,8 Milliarden Euro an Krediten zu gewähren.
27.01.2015	In Luhansk kommen nach OSZE-Angaben drei Zivilisten bei Raketeneinschlägen ums Leben. Luhansk steht unter der Kontrolle der Separatisten.
27.01.2015	Die OSZE-Beobachtermission stellt heftigen Raketeneinsatz in und um Donezk fest und berichtet von fliehenden Zivilisten in umliegenden Städten, die von den Separatisten der »Volksrepublik Donezk« kontrolliert werden. Als Fluchtursache geben sie anhaltenden Beschuss sowie die Tatsache an, dass sie keine Sozialleistungen des ukrainischen Staates mehr erhalten.
28.01.2015	Justizminister Pawlo Petrenko erklärt, 40 Richter unterschiedlicher Instanzen würden sich weigern, eine Überprüfung im Rahmen des »Lustrationsgesetzes« durchführen zu lassen. Für den Fall, dass sie der Korruptionsprüfung weiterhin nicht zustimmen, werde ihre Entlassung bereits vorbereitet.
28.01.2015	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates verlängert die Sanktionen gegen die russische Delegation in Form des Stimmentzugs bis April 2015. Die russische Delegation protestiert und erklärt, den Versammlungen bis Ende des Jahres nicht mehr beizuwohnen. Man erwäge außerdem den Austritt aus dem Europarat, erklärt der Vorsitzende des Außenausschusses der russischen Duma und Delegationsführer Aleksej Puschkow. Russland gehört dem Europarat seit 1996 an. Die Parlamentarische Versammlung fordert von Russland per Resolution die Freilassung der inhaftierten Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko, die als Angehörige der ukrainischen Delegation des Europarats internationale Immunität genießt.
28.01.2015	Im von Separatisten kontrollierten Horliwka kommen nach Auskunft des Stadtrates beim Beschuss eines Wohngebäudes fünf Zivilisten ums Leben.
29.01.2015	Die russische Delegation im Europarat protestiert gegen den Stimmentzug und gegen die Ernennung der ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko zum Mitglied der ukrainischen Delegation in der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Sie sei inhaftiert worden, bevor sie internationale Immunität erhalten habe und könne erst freigelassen werden, wenn sie freigesprochen werde.
29.01.2015	Ein stellvertretender Vorsitzender der Vertretung der Krimtataren wird auf der Krim von russischen Strafverfolgungsbehörden verhaftet. Ihm wird die Organisation von Massenunruhen vorgeworfen.
30.01.2015	Nach Informationen der Separatisten der »Volksrepublik Donezk« kommen in Donezk fünf Zivilisten in der Nähe einer Lebensmittelausgabe durch Schüsse ums Leben. OSZE-Beobachter bestätigen die Todesfälle und stellen zwei weitere Todesopfer fest, die bei einem Angriff auf einen Bus ums Leben kamen. Die OSZE erklärt, die Schüsse seien aus nordwestlicher Richtung gekommen. Das dortige Territorium wird von der ukrainischen Armee kontrolliert.
30.01.2015	In zweiter Lesung verabschiedet der Stadtrat von Mariupol eine Resolution, in der Russland als »Aggressor« bezeichnet wird. In der ersten Version war von einer »Aggression aus dem Osten« die Rede gewesen. In Mariupol war am 24. Januar 2015 ein Wohngebiet mit Grad-Raketen beschossen worden. Bei dem Anschlag waren 31 Menschen ums Leben gekommen. Vertreter der OSZE hatten erklärt, der Angriff sei aus einem Gebiet gekommen, das von Separatisten kontrolliert wird.
30.01.2015	Die Beobachtermission der OSZE registriert die Bewegung von Panzern und anderem Kriegsgerät ohne Erkennungszeichen in der »Volksrepublik Donezk«.
31.01.2015	In Horliwka im Gebiet Donezk kommen nach Auskunft des Stadtrates acht Zivilisten ums Leben. Behörden in Donezk erklären, dass in Debalzewo im Gebiet Donezk zwölf Menschen getötet wurden.

31.01.2015	In Minsk tagt die Kontaktgruppe aus Vertretern der Separatisten, der Ukraine und Russlands unter der Vermittlung der OSZE. Die nicht anwesenden politischen Anführer der »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk, Aleksandr Sachartschenko und Ihor Plotnizkyj, lassen erklären, sie würden keine Vereinbarungen unterschreiben, bis Präsident Petro Poroschenko die schwere Artillerie von der im Memorandum vom 19. September 2014 festgelegten Demarkationslinie abziehe. Der Vertreter der Ukraine, Ex-Präsident Leonid Kutschma, erklärt daraufhin, die Ukraine werde sich auf keine Ultimaten einlassen und beschuldigt die Separatisten, die Verhandlungen zu hintertreiben.
01.02.2015	Die OSZE kritisiert die Haltung der Vertreter der Separatisten bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk. Sie seien nicht in der Lage gewesen, die Vorschläge zu diskutieren, um den Abzug schwerer Waffen und einen Waffenstillstand umzusetzen, und zu einer gemeinsamen Erklärung zu gelangen.
01.02.2015	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung erklärt, das Reformtempo in der Ukraine sei unzureichend. Es müssten insbesondere der Bankensektor und der Energiesektor reformiert sowie ein besseres Investitionsklima geschaffen werden.
02.02.2015	Wirtschaftsminister Ajwaras Abromawitschus, erklärt, im vergangenen Jahr habe sich der Handel mit Russland auf fast die Hälfte reduziert, während sich der Export ukrainischer Güter in Staaten der EU um etwa 10 % gesteigert habe.
02.02.2015	Eine Gruppe von ehemaligen US-Diplomaten und Generälen ruft die US-Regierung und die Führung der NATO auf, die Ukraine mit letalen Waffen auszustatten.
02.02.2015	Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, die »Volksrepublik« bereite eine Mobilmachung der Bevölkerung vor. Bis zu 100.000 Menschen sollen zum Wehrdienst einberufen werden.
02.02.2015	Die Kämpfe verschärfen sich dramatisch. OSZE-Beobachter stellen zahlreiche Fälle von Verstößen gegen das Waffenstillstandsregime fest, viele darunter mit Raketen.
02.02.2015	Separatistenführer Oleksandr Sachartschenko erklärt, der Vertreter Kiews in den Minsker Verhandlungen, Leonid Kutschma, sei eine »Privatperson« und nicht öffentlich zum Vertreter der Ukraine ernannt worden. Bis Kiew einen offiziellen Vertreter schicke, werde man nicht mehr an den Verhandlungen der Kontaktgruppe teilnehmen. Die Zeitung »Ukrainska Prawda« veröffentlicht daraufhin eine Anordnung der Präsidialadministration, aus der der offizielle Verhandlerstatus Kutschmas hervorgeht.
03.02.2015	Berichten des Wall Street Journal zufolge wird im Pentagon die Belieferung der ukrainischen Armee mit Panzerabwehrraketen diskutiert.
03.02.2015	Eine Unterschriftensammlung unter Parlamentsabgeordneten zur Beantragung der Absetzung des Generalstaatsanwalts Witalij Jarema scheitert.
03.02.2015	Die ukrainische Armee und die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« einigen sich auf die Einrichtung von Fluchtkorridoren für Bewohner der Städte Vuhlehirsk und Debaltsewe im Gebiet Donezk.
03.02.2015	Nachdem die Venedig-Kommission des Europarates das Gesetz zur »Lustration« hoher Beamter in einigen Punkten beanstandet hat, erklärt Justizminister Pawlo Petrenko, dass die Anmerkungen eingearbeitet würden, dass aber die Überprüfung von Beamten auf Korruptionsdelikte nicht unterbrochen werde.
04.02.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass einem Raketeneinschlag in Luhansk aus nordwestlicher Richtung zwei Zivilisten zum Opfer gefallen sind. Luhansk wird zurzeit von separatistischen Truppen kontrolliert.
04.02.2015	Der staatliche Rüstungskonzern Ukroboronprom kündigt an, seine Panzerproduktion im Jahr 2015 von 5 auf 40 Einheiten aufzustocken. Im Jahr 2016 sollen bis zu 120 Einheiten produziert werden.
04.02.2015	Das Parlament entzieht dem ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch die Ehrenbezeichnung »Präsident«, die laut Verfassung alle ehemaligen Präsidenten der Ukraine auf Lebenszeit tragen. Die Verfassung sieht vor, dass der Titel nur durch ein Impeachment-Verfahren entzogen werden kann. Dieses Verfahren der Amtsenthebung ist auf Janukowytsch nicht angewandt worden.
04.02.2015	Laut einer Umfrage der Firma GfK Ukraina auf der Krim unterstützen 82 % der Krimbewohner die Annexion der Halbinsel durch Russland, weitere elf Prozent unterstützen sie teilweise. Jeweils zwei Prozent sprechen sich vollständig bzw. teilweise dagegen aus.
05.02.2015	Das Parlament reicht einen Vorschlag zur Änderung der Verfassung zur Überprüfung beim Verfassungsgericht ein. Die Änderung sieht vor, die Immunität von Parlamentsabgeordneten und Richtern abzuschaffen.
05.02.2015	Der französische Präsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel reisen zu Gesprächen mit Präsident Petro Poroschenko über eine Lösung des Konflikts in der Ostukraine nach Kiew. Am nächsten Tag ist ein Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin geplant.
05.02.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Vorführung und Verbreitung von Filmen, die in Russland und von russischen Staatsbürgern nach dem 01. Januar 2014 produziert wurden, verbietet. Unter das Gesetz fallen auch Filme und Serien, die nach 1991 produziert wurden und die russischen Sicherheitsbehörden oder die Armee in positivem Licht darstellen. Das Gesetz soll in zwei Monaten in Kraft treten.

05.02.2015	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von US-Außenminister John Kerry und dem ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk erklärt Kerry, dass US-Präsident Barack Obama erwäge, defensive letale Waffen an die Ukraine zu liefern.
06.02.2015	Der Kurs der Hrywnja fällt zeitweise auf 20 Hrywnja pro US-Dollar bzw. 23,40 Hrywnja pro Euro. Dies bedeutet einen Kursverfall von etwa 20 % in zwei Tagen. Ajwaras Abromawitschus, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, erklärt, dass der Kurs sich mit Erhalt der nächsten Kredittranche des Internationalen Währungsfonds stabilisieren werde.
06.02.2015	In Debalzewe wird zwischen der ukrainischen Armee und den Truppen der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk ein örtlicher Waffenstillstand ausgehandelt, um Zivilisten aus der umkämpften Stadt in Sicherheit zu bringen.
06.02.2015	Die Gespräche zwischen dem französischen Präsidenten François Hollande, Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau gehen nach über fünf Stunden zu Ende. Sprecher aller Parteien bezeichnen den Dialog als substantiell und konstruktiv. Am 08. Februar 2015 solle eine Telefonkonferenz der drei Politiker mit Präsident Petro Poroschenko stattfinden. Man arbeite an einem gemeinsamen Plan zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 5. und 19. September 2014, die u. a. einen Abzug schwerer Waffen und einen Waffenstillstand vorsehen.
07.02.2015	Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt auf der Münchner Sicherheitskonferenz, der Konflikt sei militärisch nicht zu lösen und widerspricht damit den Forderungen aus den USA, Waffen in die Ukraine zu liefern. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg versichert Präsident Petro Poroschenko der »politischen und praktischen« Unterstützung der Allianz. Der NATO-Oberkommandeur in Europa Philip Breedlove erklärt, man solle eine militärische Lösung nicht ausschließen.
07.02.2015	Der französische Präsident François Hollande erklärt, der mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin diskutierte Plan sehe eine umfassende Autonomie der östlichen Regionen der Ukraine und eine entmilitarisierte Zone von 50 bis 70 Kilometern Breite vor.
07.02.2015	Nach OSZE-Informationen hält der lokale Waffenstillstand in Debalzewe. Zivilisten werden von der ukrainischen Armee aus der Stadt gebracht und Mitteilungen zum Evakuierungsprogramm werden aktiv verbreitet.
08.02.2015	In einer Telefonkonferenz vereinbaren die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Frankreichs sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Treffen in Minsk. Es soll am 11. Februar 2015 stattfinden. Die Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der Separatisten treffen sich bereits einen Tag zuvor.
08.02.2015	Bei einem Besuch beim belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko erklärt der russische Präsident Wladimir Putin, das für den 11. Februar geplante Treffen in Minsk könne nur stattfinden, wenn man sich zuvor auf einige wichtige Punkte einigen könne.
08.02.2015	Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtet unter Berufung auf deutsche Sicherheitskreise, dass die tatsächliche Opferzahl im Krieg in der Ostukraine erheblich über den von der UN angegebenen 5400 Toten liegt. Inoffizielle Schätzungen gehen von bis zu 50.000 Toten aus.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

STELLENAUSSCHREIBUNG



► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Zeitschriften der Gesellschaft
OSTEUROPA
OSTEUROPA-Recht

Schaperstraße 30
D-10719 Berlin

Tel. 0049 (0)30 21478412
Fax 0049 (0)30 21478414

www.dgo-online.org
info@dgo-online.org

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. Schaperstr. 30 D-10719 Berlin

Für die Russland-Analysen, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, suchen wir ab dem 1. März 2015 für sechs Monate eine

Redaktionsassistentenz

Ihre Aufgaben:

- Unterstützung des Redakteurs bei Themenfindung, Auswahl und Anfrage geeigneter Autoren, Korrespondenz mit Autoren;
- Inhaltliche Redaktion der Beiträge;
- Zusammenstellung und Aufbereitung begleitender Dokumentationen (Umfragen, Pressestimmen, Statistiken, offizielle Dokumente u.ä.); Übersetzung der Materialien;
- Führung der laufenden Chronik;
- Abnahme und Korrektur der Druckfahne in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen.

Ihr Profil:

- Ein guter Abschluss in einem sozial- oder kulturwissenschaftlichen Studiengang mit Schwerpunkt Osteuropa;
- Eine Masterarbeit, die sich thematisch mit der politischen, sozialen oder ökonomischen Entwicklung in Russland befasst;
- Deutschkenntnisse auf muttersprachlichem Niveau sowie gute Englisch- und Russischkenntnisse;
- Gute Computerkenntnisse (Excel, Word).

Arbeitsort ist Berlin. Die Tätigkeit ist besonders geeignet für Personen, die sich im Rahmen einer Promotion mit gegenwartsbezogenen Entwicklungen in Russland beschäftigen.

Die Beschäftigung erfolgt im Rahmen eines Werkvertrages, der für den gesamten Zeitraum mit insgesamt 9.000 € (brutto) vergütet wird.

Die DGO fördert die Gleichstellung und begrüßt daher besonders die Bewerbung von Frauen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen in elektronischer Form **bis zum 22. Februar 2015** an die

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
z.H. Elisabeth Lüdeking
<luedeking@dgo-online.org>

Präsident: Ruprecht Polenz / Vizepräsident: Prof. Dr. Wolfgang Eichwede
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Prof. Dr. Thomas Bremer / Geschäftsführerin: Dr. Gabriele Freitag

Commerzbank Berlin
BLZ: 100 800 00 / K-Nr.: 04 148 630 00
IBAN: DE 85 1008 0000 0414 8630 00 / SWIFT-BIC: DRES DE FF 100

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>